

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 14. November 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Zum Schiedsspruch vom 1. November 1931

Die Stellungnahme der Gemeindearbeiter und Straßenbahner

In den frühen Morgenstunden des 1. November fällt die Schlichterkammer im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Schlichters Dr. Friedländer einen Schiedsspruch, der sämtliche am 31. Oktober abgelaufenen Bezirkslohn-tarife und örtliche Lohnverträge und Lohnregelungen mit Wirkung vom 1. November 1931 wieder in Kraft setzt, die Löhne um $4\frac{1}{2}$ Proz. kürzt, die Lohnschutzklauseln aus dem Frühjahrsabkommen mit einigen Änderungen verlängert, Laufricht bis 31. März 1932.

Den Gemeindearbeitern und Straßenbahnern Deutschlands bringt dieser Schiedsspruch im Laufe dieses Jahres zum dritten Male eine Lohnkürzung. Die direkten Lohnkürzungen betragen damit etwa 17 bis 19 Proz. Darüber hinaus sind durch Arbeitszeitverkürzungen Lohnneinbußen eingetreten, die trotz der Sicherungsklauseln das Einkommen zahlreicher Gemeindearbeiter und Straßenbahner um ein Drittel verringert haben. Wir haben an dieser Stelle auf diese Dinge hingewiesen und auch die finanziellen Entlastungen aufgezeigt, die den Kommunen durch diese Maßnahme entstehen. Zu den auf etwa 160 bis 170 Millionen Mark zu schätzenden Einsparungen aus Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen und Entlastungen tritt erneut ein Betrag von annähernd 30 Millionen Mark.

Was bedeuten demgegenüber alle schönen Erklärungen des Reichskanzlers und des Arbeitsministers, daß Lohnkürzungen nicht das letzte Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise sein dürfen. Wir haben bei den Verhandlungen auf die finanziellen Entlastungen der deutschen Gemeindeverwaltungen im besonderen hingewiesen, wir haben aber daneben mit besonderem Nachdruck festgestellt, daß die Lebenshaltung der deutschen Gemeindearbeiter durch die bisherigen Lohnkürzungen auf ein Maß herabgedrückt worden ist, das nicht mehr unterschritten werden darf.

Die Statistiken über Verkürzungen der Arbeitszeit der deutschen Gemeindearbeiter und Straßenbahner aus 213 Orten ergeben folgendes Bild: Die Arbeitszeit ist gekürzt bis zu 4 Stunden für 14 961, um 4 Stunden für 109 282, um 6 Stunden für 4854, um 8 Stunden für 3489, um 12 Stunden für 1103 und um mehr als 12 Stunden für 507 Beschäftigte. Die Statistik ist nicht erschöpfend. Wir können annehmen, daß rund die Hälfte der deutschen Gemeindearbeiter und Straßenbahner verkürzt arbeitet. Da jede Stunde Arbeitszeitkürzung etwa gleichbedeutend ist mit einer Lohnneinbuße von 2 Proz., ist hieraus die ungeheure Schwämmerung der Lebenshaltung der deutschen Gemeindearbeiter zu ersehen.

Bei den Verhandlungen hatten wir Gelegenheit, auf einige markante Fälle hinzuweisen, und zwar an Hand der Einkommenskürzung eines ungelerten Arbeiters in Leipzig und in Waldenburg, für die eine Arbeitszeit von 40 Stunden be-

steht. Wir haben bei der Feststellung der Kosten der Lebenshaltung die Ausgaben geteilt in die sogenannten starren Kosten, d. h. die Ausgaben, bei denen eine Verringerung bisher unmöglich war, und zwar für Steuer, Sozialbeiträge, Miete, Beleuchtung, Fahr-gelder. Daraus ergibt sich folgendes Bild: Bei einem Stundenlohn von 92 Pf. verdiente der Leipziger ungelernete verheiratete Arbeiter ohne Kinder im Januar 44,16 Mk. wöchentlich, im Oktober bei 40 Stunden à 82 Pf. = 32,80 Mk. Die Kürzung betrug 11,36 Mk. oder 26 Proz. Die oben genannten festen Ausgaben betragen 14,16 Mk., so daß für Lebensmittel und Kleidung insgesamt 18,66 Mk. übrig bleiben, gegenüber 28,30 im Januar. — Bei Annahme der Arbeitgebervorschlüge, 9 Proz. Lohnkürzung und 6 Proz. weitere Kürzung durch Wegfall der Lohnschutzklausel, würde eine weitere Verminderung von 4,84 Mk. eingetreten sein, so daß dem Arbeiter für Lebensmittel und Kleidung nur ein Betrag von 13,82 Mk. zur Verfügung gestanden hätte, gegenüber 28,30 Mk. im Januar = ein Weniger von 51 Proz.

Noch katastrophaler würde sich die Lohnkürzung ausgewirkt haben bei einem ungelerten verheirateten Arbeiter in Waldenburg in Schlesien. Dessen Einkommen betrug im Januar inklusive Hausstandszulagen pro Woche 32,72 Mk., im Oktober bei 40stündiger Arbeitszeit und 64 Pf. Stundenlohn 25,60 Mk. Nach Abzug der starren Ausgaben in Höhe von 11,38 Mk. verblieben für Lebensmittel und Kleidung pro Woche 14,52 Mk. Die Kürzung um 9 Proz. und der Wegfall der Lohnschutzklausel (5 Proz.) würde eine weitere Kürzung um 3,61 Mk. zur Folge haben. Zur Bestreitung der wöchentlichen Ausgaben für Lebensmittel und Kleidung und sonstige Dinge würden insgesamt 10,91 Mk. gegenüber 21,20 Mk. im Januar zur Verfügung gestanden haben. Auch hier beträgt die Kürzung für Ernährung rund 50 Proz. Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Klarheit, wie es um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter bestellt ist.

Wie schon in der letzten Nummer der „Gewerkschaft“ mitgeteilt wurde, haben Verbandsvorstand und Reichstariskommissionen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner am Sonntag, dem 1. November, zum Schiedsspruch Stellung genommen. Da die Schiedsprüche, obwohl in Form und Inhalt gleichmäßig, für 25 Bezirke gelten, die bisher in ihren Lohnentscheidungen selbständig waren, haben Verbandsvorstand und Reichstariskommissionen die Entscheidung über Annahme und Ablehnung der Schiedsprüche den einzelnen Bezirken überlassen. Die Mehrzahl der Bezirke hat den Schiedsspruch abgelehnt. — Entsprechend diesen Entscheidungen hat der Verbandsvorstand bei Ablauf der Erklärungsfrist am Sonnabend, dem 7. November, dem Arbeitsministerium mitgeteilt, daß der Gesamt-Verband den Schiedsspruch ablehnt. Wie wir erfahren, hat auch der Reichsarbeits-

geberverband abgelehnt, weil ihm die Lohnkürzungen nicht weitgehend genug und die Beibehaltung der Lohnschutzklauseln nicht tragbar erschienen. Das Reichsarbeitsministerium hat daraufhin die Parteien für Montag nachmittag zu Verhandlungen geladen.

Zum Schiedspruch selbst muß an dieser Stelle noch einiges gesagt werden. Die Vertreter des Gesamt-Verbandes haben bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß jede Kürzung der Löhne direkt oder durch Wegfall der Lohnschutzklauseln abzulehnen ist. Sie haben vor allen Dingen betont, daß die Lohnregelung in Zukunft wieder den Bezirken überlassen bleiben müsse. Grundsätzlich vertritt der Reichsarbeitgeberverband den gleichen Standpunkt. Die Erfahrungen, die die Arbeitgeber bei Durchführung der Vereinbarung vom 22. August 1931 gemacht haben, veranlaßt auch sie, für die Zukunft zentrale Lösung abzulehnen. Einer Denkschrift des Reichsarbeitgeberverbandes an Mitglieder der Reichsregierung entnehmen wir folgende Sätze:

... „Die Durchführung des oben erwähnten Abkommens vom 22. August 1931 hat ergeben, daß das System, auf dem die Löhne der Gemeindegewerkschaften aufgebaut sind, vollkommen verschieden ist von dem System des Reiches...

Die Löhne der Gemeindegewerkschaften sind von vornherein nicht zentral festgelegt, sondern von den 25 Bezirken unseres Verbandes vereinbart worden. Für die Bildung dieser Bezirke waren nicht nur politische, sondern auch wirtschaftspolitische Gesichtspunkte maßgebend. Durch eine eigene Schiedsstellenordnung war Vorkehrung getroffen, daß ein zentraler Ausschuss gewisse einheitliche Grundsätze bei der Lohngestaltung und bei der Lohnbewegung zur Durchsetzung brachte. Die Ortsklassen der einzelnen Bezirke waren nicht den Beamtenortsklassen streng nachgebildet, sondern berücksichtigten die verschiedene wirtschaftliche Struktur und die verschiedene Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Ein weiterer wichtiger Unterschied gegenüber dem Lohnsystem des Reiches besteht darin, daß bei uns die Hauptmasse der Arbeiter sich im Ungelernten- und Angelerntenverhältnis befindet; für uns ist daher der Lohn dieser Arbeitergruppen entscheidend. In den meisten unserer Bezirke ist dagegen der Handwerker wesentlich höher gegenüber dem Ungelernten gestaffelt, als es beim Reich der Fall ist. Das geschieht bewußt, um Qualitätsarbeit besonders gut zu bezahlen. ... Wir ziehen daher aus dieser Erfahrung die Lehre, daß § 7 Abs. 4 Kap. 1 des 2. Teiles der Verordnung vom 5. Juni 1931 nur unter Zerstörung wertvoller und auch finanziell durchaus vernünftiger Eigenheiten des Systems der Gemeindegewerkschaften durchgeführt werden könnte...

Mit dieser Feststellung des Reichsarbeitgeberverbandes dürfte der Weg frei sein für zukünftige bezirkliche Lohnregelungen.

Die Vereinbarung vom 22. August 1931 hatte allen Bezirks- und örtlichen Lohnordnungen eine Lauffrist bis zum 31. Oktober gegeben. Die Arbeitgeber glaubten diese Situation im besonderen für sich ausnützen zu können. Sie wünschten keine zentrale Entscheidung über die Laufdauer dieser Abkommen. Bei den bezirklichen Verhandlungen glaubten sie die Möglichkeit zu haben, in weitestgehendem Maße günstige Bedingungen dieser Bezirks- und örtlichen Regelungen abbauen zu können; so im besonderen Dienstalterszulagen, Leistungszulagen, Handwerkerzulagen, Schmutzulagen, Fahrzulagen, Kleiderzulagen, kurz und gut alle die besonderen Regelungen zugunsten der Arbeiter sollten verschlechtert werden. Der Schiedspruch hat in diesem Falle die Absichten der Arbeitgeber zunichte gemacht. Die Verlängerung der Laufdauer aller bezirklichen und örtlichen Regelungen ist zweifelsohne ein außerordentlicher Vorteil dieses Schiedspruches.

Besonders hart umkämpft waren die Lohnschutzklauseln. Die Arbeitgeber, mit deren Hilfe und Unterstützung teilweise auf dem Wege der Vereinbarung im Frühjahr die Lohnschutzklauseln zustande kamen, haben hier eine vollständige Schwenkung vollzogen und verlangten kategorisch die vollständige Aufhebung aller Schutzklauseln. Die Aufhebung würde eine weitere Lohnkürzung im Ausmaß von 4 bis 6 Proz. zur Folge gehabt haben. Die Aufrechterhaltung der Lohnschutzklauseln und ihre Anerkennung durch einen amtlichen Schlichter bedeutet ohne Zweifel einen erheblichen Erfolg. Unseres Wissens hat bisher kein gesetzlicher Schlichter derartige Lohnschutzklauseln in Schiedsprüchen geschaffen.

Eingehend erörtert wurde die Frage des Wegfalles der Krisensteuer bei Durchführung des § 6 der Notverordnung vom 5. Juni bzw. 6. Oktober 1931. Der § 4 Ziffer 2 des Kapitels III des 3. Teiles der Notverordnung vom 5. Juni 1931 besagt ausdrücklich, daß bei Durchführung des § 6 die Krisensteuer wegfällt. In den Durchführungsbestimmungen vom 19. Oktober 1930 Reichsbes.-Bl. Nr. 24 vom 22. Oktober 1931 heißt es ausdrücklich: „Bleibt die tarifliche Kürzung hinter der durch § 6 Abs. 1 oder Abs. 2 vorgesehenen Regelung zurück, so gelten die Lohnbezüge nicht nach Maßgabe des Kapitels I des 2. Teiles dieser Verordnung (vgl. § 4 Ziffer 2 des Kap. III des 3. Teiles — Krisensteuer —). Da der Schiedspruch eine Kürzung der Löhne nach den Bestimmungen des § 6 vornimmt, ist damit der Wegfall der Krisensteuer gegeben. Damit würde die tatsächliche Lohnkürzung 3 bis 3½ Proz. betragen.“

Bezüglich der Erledigung des § 7 Ziffer 4 geht der Gesamtverband mit der Auffassung des Reichsarbeitgeberverbandes konform, daß dieser Paragraph endgültig erledigt ist. Wie wir unterrichtet sind, wird diese Auffassung nunmehr auch vom Reichsfinanzminister Dietrich vertreten. Aber abgesehen von der Auffassung des Reichsfinanzministers erklären wir heute schon mit aller Deutlichkeit, daß jeder Versuch, den § 7 Ziffer 4 etwa erneut zur Debatte zu stellen, die entschiedenste Abwehr der deutschen Gemeindegewerkschaften und Straßenbahner nach sich ziehen würde.

Bei den Verhandlungen am 23. Oktober erklärte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Oberbürgermeister Dr. Gördeler, Leipzig: „Wir werden nicht ohne Zwang der Reichsregierung auf § 7 Ziffer 4 zurückkommen.“ Die Entscheidung liegt nunmehr im Reichsarbeitsministerium. Bei den Nachverhandlungen wird der Gesamtverband den Versuch unternehmen, das möglichst Günstigste für die Kollegenschaft herauszuholen. Wie wir erfahren, beachtet der Arbeitgeberverband, seinerseits den Schiedspruch zu verschlechtern.

C. Polenske.

Nachschrift der Redaktion:

Am Montag, dem 9. November 1931, fand im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialdirigenten Dr. Mewes eine Nachverhandlung statt, um Klarheit zu schaffen über die Situation. Arbeitnehmer wie Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt.

Die Arbeitnehmervertreter erklärten erneut, daß jeglicher Lohnabzug von ihnen in Rücksicht auf die bedrängte Lage der Arbeiter abgelehnt werden muß. Die Arbeitgebervertreter hingegen erklärten, daß sie zwar die schwierige Lage der Arbeitnehmer anerkennen, aber die Finanzlage der Gemeinden lasse eine andere Möglichkeit als eine erheblichere Lohnherabsetzung, wie sie der Schiedspruch bringe, nicht zu. Gleichzeitig versuchten die Arbeitgeber erneut, einige weitere Verschlechterungen in bezug auf die Lohnschutzklausel sowie die Auslegung über die Ausdehnung des Lohnabzuges zu erreichen.

Nach langwierigen mehrstündigen Verhandlungen über Einzelauslegungen erklärte dann der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch für verbindlich.

Unsere Kollegen werden inzwischen die Maßnahmen der Orts- und Bezirksverwaltungen zur Kenntnis genommen haben. Wir erwarten auch diesmal die unbedingt erforderliche Geschlossenheit und Disziplin der gesamten Kollegenschaft.

Die Reaktion auf Schleichpfaden

Geschraubte Preise und gedrückte Löhne, das sind auf dem Gebiete der Wirtschaft die beiden Ziele, denen die Reaktion seit jeher zustrebt. Zollwucher bewirkt über die eigene Unkostenerstattung und die durchschnittliche Kapitalrente hinaus zusätzliche Extraprofite; Lohndruck setzt die Gestehungskosten herab und vergrößert damit den Abstand zwischen Marktpreis und Kostenfuß. In beiden Fällen wächst, so oder so, die Gewinnbreite. Immerhin gibt es naturgemäße Grenzen, die sowohl dem Lohndumping als der Preistreiberi Einhalt gebieten. Wenn ganze Wirtschaftszweige große Liebesgabeninstitute geworden sind, wenn sich die Lebenshaltung der Massen unerträglich verteuert und wenn das von den Zollschikanen betroffene Ausland zu Vergeltungsaktionen schreitet, dann setzt der immer mehr erstarkende Gegendruck der öffentlichen Meinung ein. Es wächst die Erkenntnis, daß im Schatten chinesischer Zollmauern die gesamte Wirtschaft notwendig verkümmern muß, und so entsteht das Verlangen, die Krücken und künstlichen Spaliere wegzuschlagen, die wucherischen Pfünden auszüräumen und gegenüber der Geschraubtheit und Künstlichkeit des Wirtschaftszustandes die natürlichen Konkurrenzbedingungen wieder ins Recht zu setzen.

Auch gegen den sinnlos fortgesetzten Lohndruck mobilisiert sich allmählich der Widerstand. Das öffentliche Bewußtsein beginnt zu begreifen, daß man nicht eine Lohnabbauwelle nach der anderen über die Arbeiterschaft hinwegrollen lassen kann, ohne den letzten Rest von Konsumkraft in den Massen zu zerstören. Der Arbeiter ist nach der bei uns vorliegenden Bevölkerungsstruktur nun einmal der maßgebende Konsument. Den Schlag, den er als Lohnempfänger auf dem Arbeitsmarkt erhält, muß er als Konsument an die Warenmärkte weiterleiten. Lohndruck führt zum aufgezwungenen Käuferstreik. Die Wirtschaft ist aus ihrem Verkrampfungszustand nur zu erlösen, wenn der Tauwind höherer Löhne den eingefrorenen Inlandsmarkt endlich aus seiner Erstarrung befreit. Die modernste Produktionsapparatur muß elend verrotten und die unvergleichliche technische Wunderwelt, die wir in der Epoche der Rationalisierung aufbauten, hat nur noch Schrottwert, wenn gemäß der gesteigerten Produktionskraft nicht auch der Absatzraum wächst.

Der moralische Glaube an den Kapitalismus, das Vertrauen zu der Kunst der Wirtschaftsführung, die man lange bei den als Halbgötter verehrten Industriekapitänen in guten Händen glaubte, schwinden dahin. So muß man eine geschicktere Methode des Vorgehens finden, man muß die Fronten vertarnen und eine andere Strategie anwenden, sofern man nicht auf wachsenden Widerstand stoßen und alle Geister gegen sich aufbringen will. Die Tagung der gesamten Sozialreaktion in Harzburg brachte die neue Parole ausgabe. Man redete nicht mehr von Zollschutz, man redet von Autarkie, d. h. von wirtschaftlicher Selbstbefriedigung und Selbstgenügsamkeit. Man ließ durch den Mund des sattem bekannten Herrn Schacht erklären: Deutschland müsse sich auf die Kraftquellen der einheimischen Wirtschaft zurückziehen. Aus internationalem Kapitalismus soll ein nationaler werden, sozusagen ein Ghettokapitalismus. Wir sollen uns zurückziehen auf inselhaftes Dasein, sollen gegen die umgebende Welt den eisernen Vorhang herablassen und die Verbindungstau abkappen. Kein überstaatlicher Wirtschaftsorganismus mehr, keine vernunftgemäße internationale Arbeitsteilung, kein planwirtschaftliches Zusammenwirken, nicht Welthandel und Welttausch, vielmehr die geschlossene Nationalwirtschaft. Dabei ist Deutschlands Ökonomie eine typische Wirtschaft des engen Raums. Wir haben in unserem Land weder Futter für die Menschen noch für die Maschinen in einem ausreichenden Umfang. Unser Schicksal ist es, auf ungenügender Nahrungsmittel- und Rohstoffbasis zu leben. Die Situation unserer Gesamtwirtschaft weist uns zwangs-

läufig darauf hin, von einer mit reicheren Bodenschätzen ausgestatteten Welt Rohstoffe in Empfang zu nehmen, ihnen unsere qualifizierte Arbeitskraft zuzusetzen, die unser eigenes Erbteil ausmacht, um sie dann in veredelttem Zustand im Austauschverfahren an die Welt zurückzugeben. Die deutsche Wirtschaft ist Verarbeitungswirtschaft, nicht umsonst rückt der Akzent immer mehr auf Verfeinerungs- und Präzisionsindustrie. Wir aber sollen nach der Meinung unserer ökonomischen Teutobarden Apfelsinen in Pommern pflanzen und uns wieder in selbstgesponnene Leinwand kleiden. Autonome Wirtschaft wäre für uns fürchterlichste Wirtschaftskatastrophe und Verewigung des Hungerzustandes. Aber sie würde (und aus diesem Grunde wird sie angestrebt) der Junkerkaste und der Clique der Schwerindustriellen alle Karten in die Hände spielen. Hängt man Deutschland von der Weltwirtschaft ab, so werden diese beiden Urgewalten der sozialen Reaktion in den Stand veretzt, uns die Daumenschrauben nach Belieben anzusetzen. Dann geht ihre Existenzsicherung, die alsdann mit ungeheuren Tributleistungen des gesamten Volkes erkaufte werden müßte, allen anderen Interessenerwägungen voraus. Wer über Korn und Kohle und Eisen verfügt, hat in einer von fremder Zufuhr abgeschnittenen Festung alle Macht in der Hand. Auch die unverschämtesten Forderungen müßten bewilligt werden, weil wir mit Agrarierum und Schwerindustrie auf Gedeih und Verderb aneinander gekuppelt wären.

Heißt das Deckwort für Zollwucher „Wirtschaftsautarkie“, so verbirgt sich der für die Zukunft geplante Lohnraub hinter der Formel von der Binnenwährung. Das Wort „Inflation“ wird aus durchsichtigen Gründen geflissentlich vermieden, weil es nach den hinter uns liegenden Erfahrungen allzu anrüchig erscheint. Dagegen propagiert man die Einführung eines nationalen Währungsgeldes zum inneren Hausgebrauch, das neben der auch weiterhin goldgedeckten Reichsmark in Umlauf gesetzt werden soll. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist gegen all diese Projekte, die heute in verschiedenster Gewandung aufmarschieren, auf das schärfste zu protestieren. Das schlechtere Geld, dem die goldene Deckungsgrundlage fehlt, würde das bessere zwangsläufig verdrängen, und in die Hand des Arbeiters würde ein „Proletengeld“ gelangen, dessen zunehmende Entwertung unaufhaltsam wäre. Bei jeder Inflation ist der Preisprung länger als der Lohnsprung. Der Warenpreis kann, da es keinen organisierten Konsumentenwiderstand gibt, der jeweiligen Geldwertminderung angepaßt werden. Die entsprechende Lohnerhöhung aber stößt auf den geschlossenen Widerstand der Kapitalistenklasse, er würde nur im Wege zeitraubender Verhandlungen oder langwieriger Lohnkämpfe zu brechen sein, wobei die Verspätung niemals restlos aufgeholt werden kann. Inflation ist die brutalste Form der Sozialreaktion, ist Lohnraub auf krummen und dunklen Schleichpfaden. Sie verhindert im übrigen die wirkliche Ausheilung der Wirtschaftskrise, weil sie durch ein Taschenspielerkunststück den in der Produktionsordnung gelegenen Störungsherd hinüberspielt in die Sphäre der Zirkulation. Ist der Weg der Inflation einmal betreten, so gibt es — am allerwenigsten in unserer Wirtschaft und bei den in unserem Volk vorliegenden Erfahrungen — kein Einhalten mehr. Das geplante „Inflationchen“, die sogenannte dozierte Inflation, würde bald über alle vorgesehenen Grenzen hinweg ins Gigantische wachsen und die Mark würde von neuem im Billionenschlund versinken.

Wirtschaftsautarkie und Doppelwährung — sie sind nichts anderes als zwei neue Trugmasken, hinter denen die Reaktion herankriecht. Reißten wir die heuchlerische Larve herunter! Sieber in ein brutales aber offenes Gesicht blicken, als einem listigen, verkniffenen Maskenspiel gegenüberstehen!

Dr. Erik Hölling - Frankfurt a. M.

Ein Straßenbahner vor dem Mikrophon

Das immer hastiger werdende Tempo auf der einen Seite und die immer größer werdende Zahl zum Müßiggang Verurteilter schafft eine nervöse Spannung, die sich auf den öffentlichen Verkehrsmitteln immer stärker bemerkbar macht. Dem einen fahren die Bahnen nicht schnell genug, dem andern sind die Anschlüsse zu schlecht, wieder anderen sind die Fahrpreise oder sonstigen Vorschriften nicht einleuchtend. Die größte Zahl dieser Nörgler wendet sich aber nicht an die zuständigen Stellen, sondern schüttet ihren Unwillen über das diensttuende Personal aus. So ist jeder im Verkehrsdienst Beschäftigte der Prellbock zur Entladung von Mißstimmungen. Abgesehen von den Nörglern aus Neigung, würde ein erheblicher Teil Auseinandersetzungen vermieden werden, wenn

die Fahrgäste mehr über die Zusammenhänge im Betriebe aufgeklärt würden. — In der Tagespresse wird viel geschrieben. Sehr oft sind aber diese Artikel zu stark von der Einstellung der Zeitung zum Betrieb oder auch zur Betriebsführung beeinflusst. Im Interesse der Fahrgäste selbst, nicht zuletzt aber auch im Interesse des Personals liegt objektivste Aufklärung. Von diesem Gesichtspunkt aus war ein Vortrag unseres Kollegen Jäger, der Vorsitzender des Betriebsrats der Hamburger Straßenbahn und Vorstandsmitglied unserer Reichsabteilung Straßen-, Privat-, Hafen- und Werksbahner ist, vor dem Mikrophon des Vortragensenders ein begrüßenswerter Beitrag. — Von Jäger wird oft behauptet, daß der Dienst auf Verkehrsmitteln recht angenehm sei. Daß dem nicht so ist, zeigt Kollege Jäger den Hörern in folgenden Ausführungen: Der Straßenbahnschaffner hat jetzt durch die starke Rationalisierung, die jeden Betrieb betrifft, eine viel stärkere Belastung gegen früher. Sie wird zum Teil hervorgerufen durch die verschiedenen Fahrkartenarten, die er ausgeben muß und zum Teil durch den immer hastiger werdenden Verkehr und die größere Nervosität der Fahrgäste. Jeder Fahrgast, der irgendeinen Ärger gehabt hat und kommt damit auf die Straßenbahn, glaubt, seinen Ärger an dem Schaffner oder Führer auslassen zu können.

Der Führer darf ja nach Vorschrift der Verkehrspolizei sich nicht mit den Fahrgästen unterhalten. Desto mehr hat aber der Schaffner auszuhalten, so daß dieser schon sehr taktvoll zu Werke gehen muß, um Streitigkeiten mit den Fahrgästen zu vermeiden. Unter den vielen Arten von Fahrgästen ist der gefährlichste der Nörgler und Besserwisser, der oft gegen den guten Verkehrston verstößt und seinem Herzen durch mehr oder minder kraftvolle Ausdrücke gegen den Schaffner und die Gesellschaft Luft verschafft. Die Folge ist eine gereizte Stimmung unter den übrigen Fahrgästen, die bei geringster Gelegenheit sich über den Schaffner entläßt, dem es nicht immer gelingt, durch einen Witz die Atmosphäre zu entgiften. An Gelegenheiten zu Auseinandersetzungen fehlt es meistens nicht. Es braucht z. B. nur ein Herr mit brennender Zigarre im Innern des Triebwagens zu sein, der vom Schaffner in ruhiger Weise auf das Rauchverbot aufmerksam gemacht wird und schon werden Zurufe laut, wie: Warum hängt denn die Direktion keinen Anhänger an usw. Geschieht diesem Schaffner vielleicht noch das Mißgeschick, einen in seine Zeitung vertieften Herrn beim Vorbeigehen in einer Kurve etwas unsanft anzustoßen, so gehören Ausdrücke wie: Flegel, alter Esel usw. nicht gerade zu den Seltenheiten. Einer anderen Art von Fahrgästen ist kein Fahrplan recht zu machen; dem einen paßt der Anschluß nicht, dem anderen fährt die Bahn zu spät ab. Es ist diesen Fahrgästen sehr schwer begreiflich zu

machen, daß die Fahrpläne auf Grund von Verkehrsbeobachtungen und -bedürfnissen für die Allgemeinheit aufgestellt werden und nicht für jeden einzelnen ein besonderer Fahrplan gemacht werden kann. Ein großer Teil von Fahrgästen zeigt auch wenig Verständnis für die Bestimmungen bei der Aushändigung von Fundstücken auf dem Wagen. Sehr oft kommt es hier zu Streitigkeiten, namentlich, wenn es sich um Geldbeträge oder Wertgegenstände handelt. Der Derlierer will dann nicht einsehen, daß die Innehaltung der hierfür geltenden Bestimmungen zum Schutz des Derlierers geschieht, damit der Fund nicht in unrechtmäßige Hände fällt. Ebenso leuchtet es einem Teil des Publikums nicht ein, daß

Hande auf öffentlichen Verkehrsmitteln auf Grund einer Polizeivorschrift mit Maulkorb versehen sein müssen. — Es ließe sich noch vieles angeben, was alltäglich zu kleineren und größeren Reibereien führt und beiden Teilen das Leben schwer macht. Manche dieser Unzuträglichkeiten ließe sich aber wohl vermeiden, wenn auch die Fahrgäste die nötige Einsicht haben und sich den Verkehrsregeln anpassen wollten, denn auch der Verkehrsbedienstete ist ein Mensch, der auch während seines Dienstes nicht immer seiner persönlichen Sorgen ledig ist, der daheim vielleicht ein krankes Kind, eine kranke Frau oder andere Kümmernisse hat. Kein anderer Betrieb ist wohl so wirbelnd, so rauschend, wie ein Verkehrsbetrieb in einer modernen Großstadt. Die Abwicklung eines solchen Betriebes stellt hohe Ansprüche an den Verkehrsbediensteten und darum ist es wünschenswert, daß der Fahrgast dem Schaffner ebenfalls die Arbeit zu erleichtern versucht. — Auch die

Dorschrift, das Reiseziel zu nennen, erregt bei manchen Fahrgästen Unwillen, weil der Zweck dieser Dorschrift von den Fahrgästen nicht ohne weiteres erkannt wird. Sie verkennen, daß diese Dorschrift hauptsächlich in ihrem eigenen Interesse erlassen ist, um das Reiseziel auf dem richtigen Wege für billiges Fahrgeld zu erreichen. Es ist z. B. vorgekommen, daß ein Schaffner einen Fahrgast nach dem Reiseziel fragte, worauf dieser kurz antwortete: „No Din Großmudder.“ Als der Schaffner nachher einen

20-Pf.-Fahrschein vom Block abtrennte, wurde der Fahrgast aufgebracht und sagte: „Ich will umsteigen bis zum Schlump.“ Ruhig antwortete der Schaffner dem Fahrgast, daß er einen Fahrschein bis zu seiner, des Schaffners Großmutter, verlangt habe. Diese wohne in Niendorf und dorthin kostete die Fahrt 20 Pf. Natürlich hatte der Schaffner durch sein schlagfertiges Verhalten alle anderen Fahrgäste auf seiner Seite, so daß der betreffende Fahrgast es vorzog, auszusteigen.

Ebenso wie der Schaffner muß auch der Führer in jeder Hinsicht einwandfrei sein. Er muß vor allen Dingen sehr gute Scharfsinne besitzen, absolute Nüchternheit und Besonnenheit, Verantwortungsgesühl und Gelstesgegenwart. Für einen Straßenbahnführer gibt es im Betriebe des Großstadterverkehrs Zufälligkeiten, die nicht immer vorauszu sehen sind und gerade deshalb unter Umständen für die Fahrgäste und die Betriebssicherheit verhängnisvoll werden können. Er darf deswegen sich auch mit keinem Fahrgast unterhalten, um die Aufmerksamkeit nicht zu verlieren. Es gibt Fahrgäste, namentlich Fremde, die in Unkenntnis dieser Vorschrift den Führer deshalb für unfreundlich halten, weil er ihnen keine Antworten auf ihre Fragen gibt. Würde der Führer diese Vorschrift nicht befolgen, so würde er bei einem Zusammenstoß von jedem Strafrichter verurteilt werden. Die Straßenbahnführer unterliegen dem Kleinbahngesetz.

700000 greifen an!

Der Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen...

Massen von Handels- und Transportarbeitern und Berufskraftfahrern sind es, die ohne Verständnis für unsere gewerkschaftlichen Kämpfe abseits stehen. Diese müssen über die Notwendigkeit ihres Beitrittes zur Organisation aufgeklärt werden.

Wie soll angegriffen werden?

Der beste Kampfplatz ist der Betrieb. Ueber tausend und mehr Dinge wird in den Betrieben, in den Arbeitspausen und bei sonstigen Gelegenheiten gesprochen, nur

leider viel zu wenig über die Organisation und ihr Wirken.

Greift bei jeder Gelegenheit den uns noch fernstehenden Kollegen mit der Frage an: Warum bist du noch nicht bei uns? Gebt den Unorganisierten Auskunft über die Leistungen der Organisation in bezug auf Gewährung von Unterstützungen an die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. (Im Jahre 1930 in bar 10 Millionen Mark.) Klärt die Kollegen über den Wert der von unserer Reichsabteilung C abgeschlossenen 1007 Tarifverträge für insgesamt 256000 Beschäftigte auf. Sorgt alle mit dafür, daß die unorganisierten Nutznießer dieser Verträge auch ihre Pflicht gegenüber der Organisation erfüllen, die für sie das Existenzminimum geschaffen hat. Zeigt und erklärt der Kollege, dem Kollegen, was wir uns als Ziel gesteckt haben und welche Wege zur Zielerreichung beschritten werden müssen. — Folgt alle der Parole des Verbandsvorstandes! Ruft immer wieder den unorganisierten Handels- und Transportarbeitern, den Berufskraftfahrern und Luftfahrern zu:

Werdet Mitglieder des Gesamt-Verbandes! Kommt zu uns!

Ang. Reitz

Hegel und der Sozialismus

Vor 100 Jahren, am 14. November 1831, ist der große Stuttgarter Philosoph Friedrich Hegel im Alter von 61 Jahren in Berlin gestorben. Auf den ersten Augenblick erscheint es etwas gewagt, die Dialektik, das heißt die Vernunftlehre Hegels, in Zusammenhang mit dem Sozialismus, mit der Arbeiterschaft zu bringen. Und doch hat Friedrich Engels Hegel einmal geradezu als Ahnherrn der deutschen Arbeiterpartei bezeichnet, denselben Hegel, dessen Philosophie zur Zeit der schlimmsten Unterdrückung in Preußen als Staatsphilosophie anerkannt wurde.

Der geniale Systematiker Hegel setzte sich bewußt in Gegensatz zu dem Philosophen Kant, der der Vernunft des Menschen in der Erfahrung eine Grenze setzte, wenn sie nicht in metaphysische Spielereien verfallen sollte. Hegel aber wollte nicht mit einem frommen Schauer im Vorhof des Geheimnisses stehen bleiben, nein, er wollte es mit dem Lichte der Vernunft durchdringen, wollte mit allen Rätseln der Welt auf du und du stehen. Das war eine Proklamierung der Allherrschaft der Vernunft, eine Absage an alle Mystik. Und Hegel blieb ihr treu. — Nach der Grundlehre Hegels ist im Lebens- und Weltprozeß der Widerspruch das treibende Element. Diesen Gegensatz, auf Grund dessen sich alles Leben entfaltet, setzte er dem Widerspruch der Logik gleich. Wenn man eine Behauptung aufstellt, so verneint man damit sachlich ihr Gegenteil, man setzt es aber immerhin als Möglichkeit voraus und gibt es damit als Formel existierend zu. Nach Hegel schließt also jeder Begriff rein gedanklich mit Notwendigkeit auch einen Gegensatz in sich. Diesen Widerspruch, der als wirkender Gegensatz in allen Lebenserscheinungen auch in der Geschichte zutage tritt und als Denk Widerspruch das „Prinzip der Logik“ ist, erhebt Hegel zum Entwicklungsgehalt alles Bestehenden. Der Geist kann also auf seinem Wege niemals zum Stillstand kommen; er muß immer wieder, durch den Widerspruch angeregt, nach neuen Daseinsformen streben, die eine höhere Stufe seiner Entwicklung darstellen. Die Bewegung des Geistes wird so ein Fortschritt zu immer bewuhterer und harmonischerer Gestalt, ein Fortschritt zu größerer Vernunft und Freiheit.

Damit hat Hegel eine Erklärung für die ewige, ruhelose Bewegung des Weltgeschehens gefunden. In diesem System liegt ein ungeheuer optimistisches Bekenntnis: Der unsegtbare Glaube an den geistigen und damit auch moralischen Fortschritt der Welt, der Glaube, daß die Welt zu immer höheren Formen fortschreitet, der Glaube an ein goldenes Zeitalter der Vernunft und Humanität als Ziel und Entwicklung.

Hegel erhebt die sittliche Forderung zur reinen Vernunft. Der ewige Zickzack, das Auf und Nieder des Weltgeschehens sind mit der Erkenntnis Hegels sinnvoll geworden. Es kommen Ordnung und Uebersicht in das Chaos der Geschichte. Hegels Philosophie arbeitet an der Verbesserung des Daseins und bietet jeder diesbezüglichen Richtung eine bessere gedankliche Stütze. Der Sinn der Geschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit. Dieses Bewußtsein erscheint als ein immer stärker anwachsendes Sich-freiwissen des einzelnen Menschen. Hand in Hand mit dieser Vertiefung des persönlichen Freiheitsbewußtseins des einzelnen geht eine zunehmende Verwirklichung der Freiheit in den öffentlichen Einrichtungen der Menschheit. So wuchs aus der Hegelschen Geschichtsphilosophie der historische Materialismus heraus.

Von diesem Gedankengang ausgehend führt eine Brücke zu der Lehre von Karl Marx. Marx wie Engels gehörten in ihrer Jugendzeit der Hegelschen Schule an, und unzweifelhaft ist in der Lehre von Marx ein großer Teil der Leitideen der Hegelschen Philosophie enthalten, allerdings wurden sie ihres metaphysischen Inhalts entleibt. Zunächst tritt hier an die Stelle der sich entfaltenden Geschichte der Welt der engere Gesichtskreis der sich entwickelnden Menschengeschichte und an die Stelle des sich bewegenden Weltgeistes die Bewegung des vergesellschafteten Menschen, der immer nur unter ganz bestimmten Verhältnissen seiner Umwelt tätig werden kann.

Marx geht bei seiner Betrachtung weder von der Gesellschaft, noch geht er vom einzelnen Menschen aus, den es als isolierten einzelnen in Wirklichkeit gar nicht gibt, vielmehr ist der Mensch, wie er wirklich ist, ein Wesen, das nicht nur mit seiner Existenz und seiner Entwicklung an andere Menschen gebunden ist, sondern das auch schon in seinem individuellen Verhalten die Beziehungen auf den Nebenmenschen, also den sozialen Charakter, unteilbar in sich hat. So wie bei Hegel hinter der ganzen Entwicklung stets der Geist steht, so ruht die marxistische Gesellschaftslehre nicht eher, als bis hinter allen scheinbar gesellschaftlichen Einrichtungen, hinter den selbständig bestehenden sozialen Mächten, z. B. hinter dem Kapital und dem Staat, aber auch der Moral und dem Recht, die Menschen stehen, deren eigentümliche Vergesellschaftungsbeziehungen in jenen sozialen Einrichtungen und Ideen zum Ausdruck kommen. So hat Marx in seiner Soziologie das Werk zu Ende geführt, das Hegel und nach ihm Ludwig Feuerbach begonnen hatten.

Es wird den meisten unserer Kollegen wohl schwer fallen, sich mit philosophischen Problemen zu beschäftigen, wer aber mit offenen Augen durch die Welt geht, wird gerade in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Hegelschen Gedanken, vor allem aber die Marxschen Glaubenssätze in Wirtschaft und Politik bestätigt und wirksam finden. War die Lehre Hegels eine Philosophie des Fortschritts, so hat Marx über die Theorie des Fortschritts hinaus seine Verwirklichung im Wege des Klassenkampfes gesehen, der Gegenätze in sich schließt und voraussetzt. Gerade der Widerspruch zwischen dem Bestehenden und dem Geist und Willen des vorwärtsdrängenden, freheitsuchenden Menschen führt immer wieder zu neuen, höheren Formen des Daseins. Bewußt und zielklar sollen die Menschen von heute zum Gestalter der Geschichte von morgen werden, soll die Gesellschaftsform der Zukunft den Geist der Menschlichkeit atmen.

Im Kampf um dieses Ziel sind die Gewerkschaften neben der Sozialdemokratischen Partei führend. Einmal wird in dem gegenwärtigen Prozeß der kapitalistischen Produktionsweise der Punkt erreicht sein, in dem die Produktivkräfte der Gesellschaft bis zu einem solchen Grade vergesellschaftet sind, daß die privatwirtschaftliche Form, in der sie zur Anwendung kommen, immer fruchtbarere Widersprüche des gesellschaftlichen Lebens erzeugt, für deren Behebung es gar kein anderes Mittel gibt, als die Beseitigung der privatwirtschaftlichen Form und die Einführung einer sozialistischen Gemeinwirtschaft. E. F.



Die Straße unserer Zeit

Der Rummelplatz des Zeitgeschehens hat natürlich auch sein Illusionskabinett mit den verzerrenden Spiegeln gewisser Tageszeitungen. Im Nachrichtenteil steht manchmal das, was wirklich passiert ist, aber meistens das, wovon man wünscht, daß die Leute es glauben sollen. In Paris verlor einmal eine Schneiderin einen Prozeß, weil die Kleider, die sie anfertigte, den Käuferinnen auf der Straße gar nicht mehr so gut gefielen, wie vor dem Spiegel im Atelier. Eben noch hatten die Damen vor dem Gläs die schlanke Linie bewundert, die ihnen das Kostüm verlieh; aber wenn sie sich dann draußen in einer Schaufensterscheibe spiegelten, verfolgte der holde Wahn, und die Hüften breiteten sich in uneleganten Alltagsdimensionen. Die gerissene Gewandmacherin hatte einen im mittleren und unteren Teil leicht gewölbten Spiegel aufgestellt, der das Bild der Kundin schmäler zurückwarf, als es in Wirklichkeit war. Auf die Zeitung übertragen, die die Interessen mächtiger Unternehmerrgruppen vertritt, entspricht das dem politischen und dem Nachrichtenteil. Beim Handelsteil genügt der Spiegel nicht, da werden noch dazu falsche Bandmaße angewandt, bis der Zweizentnermann glaubt, er unterscheide sich vom Apoll von Belvedere nur durch die elegantere Kleidung.

Im Unterhaltungsteil feiert die Illusionstechnik hemmungslos Orgien; jeder findet da den Zauberspiegel, der ihm die Welt so zeigt, wie er sie wünscht. Auch der himmelblaueste Traum findet hier die strahlendste Leuchtkraft seiner Farben.

Ein Nebenkabinett ist in diesem Illusionstheater, eine Schreckenskammer, ohne Verzerrungsmäßen, ohne Schwindelwischen. Ein glatter und erbarmungsloser Spiegel steht da, aber mit magischer Kraft: das Antlitz der Zeit, das da hineinschaut, grinst als erbarmungslose Frage zurück. Ueber dem Eingang steht geschrieben: „Inferatenteil.“

Aus den Vorderfenstern des offiziellen Teiles hängen die Banner der Gerechtigkeit heraus, an der Fassade blinkt die Leuchtreklame der Kulturgenussung, in den Auslagen strahlen die weißen Westen der Biedermänner zu ermäßigten Preisen. Im Sichtlof prangen die edelsten Blüten der Literatur, aber in den Hinterräumen ist die Kolportage gestapelt.

Einer der vielen Schreie dieser Zeit ist die sexuelle Not. Wie jede andere Not, scheint sie jedoch nur für die Geltung zu haben, denen das nötige Kleingeld fehlt. Wer über die entsprechenden Mittel verfügt, wird auch in dieser Branche gut bedient, die Auswahl läßt nichts zu wünschen übrig, jeder Geschmack findet sein entsprechendes Muster, und freundliche Verkäuferinnen helfen gegen bestimmte Umsatzprovision bei der Warenauswahl. In den Religionen aller Völker wird das Ressort der Liebe von einer Dame verwaltet, und in dem großen Kaufhaus Zeitung sind die Angestellten dieser Göttin meist ebenfalls weiblichen Geschlechts.

Eine „verständnisvolle junge Dame arrangiert individuelle Bekanntschaften“, natürlich „diskret“, so diskret, daß sie nicht einmal ihren Namen, sondern nur die Telefonnummer angibt. Eine andere, die offenbar mit der Vergänglichkeit alles Irdischen hinreichende Erfahrungen gemacht hat, befriedigt den „Ruf nach Partnerschaft auch für vorübergehenden Aufenthalt“, und das nicht nur in den veralteten Formen der normalen Sympathie, sondern, wie es sich für „Modernerdenkende“ gehört, auch für solche, die ihre abwegigen „Wünsche und Neigungen absolut respektiert“ sehen wollen. Die Diesseitigkeit läßt nichts zu wünschen übrig. Eine „junge Ausländerin“ verknüpft ihre „Partnerschaften mit Teearrangements“. Auf der anderen Seite des selben Inseratenteiles wird man bekannt gemacht mit einer „neuen Auslandsmassage“ und schlägt so zwanglos die Brücke zwischen dem Seelischen und Körperlichen. Mitten unter den Inseraten für ungenierte Tageszimmer empfiehlt sich eine „seingeistige junge Dame“ für „diskrete Verbindungen“ und „Rendezvous für Menschen, die keine Alltagsnaturen“ sind; sie betont dabei, daß sie nur „psychologisch interessiert“ und „verständnisvoll“ ist, und sie läßt sich das Interesse und das Verständnis etwas kosten: acht kleine Anzeigen in einer einzigen Inseratenplantage gehen immerhin ins Geld. Doch wie jeder Akt der Menschenliebe, findet auch dieser hoffentlich seinen Lohn. Das Seelische kommt durchaus nicht zu kurz: „Psychologische Partnerschaften“ sind bereits postlagernd zu haben.

Es wird viel über den Egoismus dieser Zeit geklagt, aber wahrscheinlich ist es nur halb so schlimm. Es gibt sicher mehr anhängeliche und anpassungsfähige Naturen, als unser Pessimismus sich träumen läßt. Vor allem die Männer scheinen ein weiches Herz zu besitzen und haben die Attribute des starken Geschlechts so bereitwillig abgelegt, daß der alte Sacher-Masoch,

wenn er vom Himmel herniedersehend, zweifellos wie die helle Sonne strahlt. Ein „intelligenter Herr, gänzlich anpassungsfähig, sucht energische, herrische, gutsituierte Dame“. Der Bequemlichkeit halber soll sie „mit Eigenheim“ behaftet sein, dafür ist aber das „Alter Nebensache“. Der anpassungsfähige Herr braucht nicht besorgt zu sein, daß es an Angeboten fehlen wird; denn eine „Erzieherin, groß, vollschlank, 25, mit nachweisbarer dreijähriger Internatspraxis, sucht verständnisvollen, nur wirklich anpassungsfähigen, gutsituierten Partner“. Falls der liebevolle Zeitgenosse ein genügend weites Herz hat, und dazu hinreichend Zeit und Geld, um sich von mehreren beglücken zu lassen, kann ihm gebient werden.

Elegante
Dame, gebildet, herrischer, zielbewußter Charakter, mit elegantem Eigenheim, sucht sehr anpassungsfähigen, gutsituierten Gentleman.

Zwei
Freundinnen, zielbewußt, suchen gutsituierten, anpassungsfähigen Partner.

Dentsch-Französin, Künstlerin,
jung, elegant, sucht durchaus anpassungsfähigen, gutsituierten Partner.

3 Freundinnen,
jung, energisch, wollen gutsituierten, absolut anpassungsfähigen Partner.

Diese vier Anzeigen stammen aus einer einzigen Spalte. Wenn er die anderen Spalten eine Woche lang aufmerksam verfolgt, reicht es für eine Haremsassortierung, die den Neid des verfloßenen „Herrschers aller Gläubigen“ erwecken könnte. Es gibt auch sozusagen herrische Damen auf Aktien; eine Lagerkarte sucht „eine energische Dame für Privatjirkel“.

Natürlich liefert man auch dauerhafte Verbindungen feinsten Qualität unmittelbar unter der Ueberschrift „Der Weg zum Standesamt“ werden „Namensheiraten und Adelsadoptionen“ vermittelt. Wie es sich für ein republikanisches Zeitalter gehört, stehen diese Adelsadoptionen und Adelsheiraten reichlich zur Verfügung, weil sie augenscheinlich einem tiefgefühlten Bedürfnis entsprechen. Wer weniger auf den Stammbaum als auf den Geldbeutel sieht, kommt ebenfalls auf seine Kosten. Im feinsten Westen wohnt eine Dame, in deren Kartothek die Millionäre nur so herumwimmeln. Alle diese Millionäre, Bankdirektoren, Großgrundbesitzerwitwen und Kommerzienratstöchter leben in so köstlicher Abgeschlossenheit, daß sie keinen anderen Weg wissen, um zu einer Neigungsehe zu kommen.

Damit man die Kage nicht im Sack kauft, tut man gut, sich über die Zukunft zu vergewissern. Hellseher, Astrologen, Graphologen, Kartendeuter empfehlen sich in langen Reihen. Zur weiteren Bearbeitung solcher Angelegenheiten, in traurem Verein mit den offenbar dazugehörigen Spezialärzten für Geschlechtsleiden und Nervenschwäche, inserieren die freundlichen Matronen, die sich „in allen vorkommenden Fällen für Auskunft, liebevolle Aufnahme und ärztliche Beratung“ zur Verfügung stellen.

Wer auf den klangvollen Namen aus uraltem Geschlecht ohne Belastung mit einer Eheurkunde reflektiert, kann sich an einen „Spezialisten für Ahnenforschung“ wenden, der sich mit der „Exaktfertigung von Stammbäumen“ befaßt.

Förderer der Kunst sind sehr gefragt. „Junge, talentierte Künstlerin mit Eigenheim sucht gutsituierten Freund“, und ihr kann geholfen werden, denn ein „bestituierter Herr“ wünscht eine „hübsche, begabte Künstlerin als Freundin“. Auch die Literatur wird nicht vernachlässigt. Ein warmherziger „Journalist fördert Literaten“, natürlich nur, damit mehr Konkurrenz auf den Markt kommt, rein aus Herzensgüte, ohne von Provision zu sprechen, und ein anderer Schriftsteller veranstaltet in Privatkreisen oder Zirkeln „Vorlesungen aus eigenen Werken“ für alle, die noch keinen Namen haben. Selbst hochgeborene Herrschaften verschmähen die Protektion nicht: „Eine Weltattraktion, Baron, Rekordchampion (Athlet, Schulkreiter, Universalartist), sucht für sensationellen Illusionsakt elegante, kapitalkräftige Partnerin“. Für den Fall, daß einer der Partner auf unredliche Wege gerät, kann man ihn zu kulantem Bedingungen beobachten lassen: „Auskünfte und Detektivbeobachtungen“ liefert ein pensionierter Polizeikommissar jetzt schon auf Abzahlung.

Das ist die Auswahl aus einem einzigen kleinen Zeitungsheftchen. Sie gibt mehr Aufschluß über das zerrissene Bild der Gegenwart als die gelehrteste kulturhistorische Monographie. Sie ist die fürchtbarste Anklage gegen diese Zeit, die den Menschen zum Dünger ihrer Profitinteressenplantage degradiert hat.

Schlipiski „Der freie Angestellte“

Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes

In der gegenwärtigen schweren Zeit ist das Volk mehr denn je den Angriffen von Schädlingen ausgesetzt, die sich auf Kosten anderer zu bereichern suchen. Wir meinen damit jene Angebote in der Presse über Stellenvermittlung, Nebenerwerb oder Heimarbeit, mit denen den Arbeitslosen die letzten Groschen aus der Tasche gelockt werden sollen, leider meist mit Erfolg. Der allergrößte Teil dieser Anzeigen beruht auf Schwindel. Das gleiche gilt für die meisten Preisrätsel, die Angebote von Darlehen, von Vertretungen u. a. m.

Im Vordergrund in dieser Zeit, wo täglich Abertausende den Inseratenteil der Zeitungen nach Verdienstmöglichkeit durchsuchen, steht der Stellenangebotschwindel und Nebenverdienstschwindel. Das Uebliche sind Anzeigen wie „Glänzende Existenz“, „Sicheres Einkommen durch vornehme Beschäftigung“, „Hohes Nebeneinkommen bei leichter Beschäftigung“, „Sicherer Nebenverdienst“, „Bequeme Heimarbeit“. Fast alle Inserate dieser und ähnlicher Art sind von vornherein verdächtig. Der sich meldende Interessent erhofft natürlich eine Verdienstmöglichkeit. Die Antrager erhalten aber nur eine — manchmal recht geheimnisvoll gehaltene — Andeutung und die Aufforderung, einen Geldbetrag für Portospesen und Schreibarbeit — meist in Höhe von 1 bis 3 Mk. — einzusenden. Für einen Teil der Gauner ist mit der Kassierung des gesandten Geldes das Interesse an dem „Bewerber“ erschöpft. Die Geissenen senden, um gegenüber dem Staatsanwalt eine Deckung zu haben, „Material“ in Form von Adressenlisten oder von Anleitungen, wie man aus Adressenbüchern die Adressen bestimmter Berufszweige herauszuschreiben und diese verwerten soll. — Anderen Erwerbslosen wird ein sogenannter Erwerbslosenanzeiger geschickt, der Namen von Firmen enthält, die angeblich Stellen oder Beschäftigung anzubieten haben. Andere Schwindler versenden nach Erhalt des verlangten Geldbetrages wertlose Schriften, z. B. „Der Weg zum Erfolg“ oder „Wie werde ich schnell reich“, „Kniffe und Tricks zum Geldverdienen“ u. a. m.

Wer für seine 1,50 bis 3 Mk. nur eine heilsame Lehre erhielt, mag sich glücklich preisen. Viel stärker geschädigt sind die Arbeitslosen, die ihre letzten Spargroschen für eine „leicht zu verkaufende sensationelle Neuheit“ hergaben oder „das Vertriebsrecht“ an einem „hohen Verdienst abwerfenden“ Artikel übernehmen. Der das Vertriebsrecht vergebende „Direktor“ weiß seinem neuen „Generalvertreter“ die Dorsüge und Gewinnchancen seines Artikels sehr verlockend zu schildern. Der neugebackene Vertreter merkt meist erst nach Erhalt der Ware, daß diese viel zu teuer, keineswegs neuartig und damit absolut kein Geschäft möglich ist, weil das Publikum diese Gegenstände in jedem Warenhaus oder einschlägigen Geschäft kaufen kann. Aber die durch Unterschrift gegebene Verpflichtung zur Abnahme des Artikels im Werte von oft vielen hundert Reichsmark bleibt und der „Generalvertreter“ mag sehen, wie er die Ware los wird.

Beliebt ist auch zurzeit, den Arbeits- und Stellenlosen Strickmaschinen zum Kauf anzubieten, mit dem Versprechen, alle auf den Maschinen hergestellten Strickwaren restlos abzunehmen. Die Strickmaschinen werden meist für einen zu hoch erscheinenden Preis verkauft, die Abnahme der Strickwaren wird durch häufige Beanstandungen der gelieferten Waren durchkreuzt. Hat der Interessent die Strickmaschine auf Raten erworben, dann ist er dem „Arbeitgeber“ mit Haut und Haaren ausgeliefert und muß seine in langer Arbeitszeit hergestellten Strickwaren zu lächerlichen Unterpreisen abgeben.

In den Rahmen der Arbeiterschwindler gehören die Kautionschwindler, die den Arbeitslosen gegen eine Sicherheit oder „Interesseneinlage“ eine „gut bezahlte Vertrauensstellung“ anbieten. Mit Dorkiebe werden Stellen als Buchhalter oder als Beifahrer auf einem Lastwagen oder als Kassierer oder Mitarbeiter in einem angeblichen Maklergeschäft angeboten, die „Kautions“ soll als Sicherheit für gleichzeitig übertragene Inkassovollmacht dienen. Manchmal hat das Opfer einen Vertrag unterschrieben, der besondere Verpflichtungen enthält und deren Nichterfüllung den Verlust der Kautions nach sich zieht.

In hoher Blüte steht gegenwärtig auch der Darlehens- und Hypothekenschwindel. Die „Darlehensgeber“ verlangen Provisionen, Abstandsgelder, Unkostenbeiträge u. a. m., um dann mitzuteilen, daß das Darlehen mangels genügender Sicherheit nicht gegeben werden kann. Die Hypothekvermittler wollen Vollmachtsgebühren, Vertragsgebühren, Stempelgebühren, Beglaubigungsgebühren usw. und verstehen es ausgezeichnet, durch Verschleppung der Angelegenheit die Antragsteller zum Verzicht ihres Gesuches zu bewegen.

Eine besondere Gruppe sind die unter den Namen „Eigene Scholle“, „Bund für Realkredite“, „Kapitalnachweis“ usw. figurierenden Darlehensinstitute, die vorgeben, mit allen möglichen Geldgebern, Banken und Kreditinstituten eine „Interessengemeinschaft“ zu bilden. In allen größeren Städten sind Zutreiber, die die Anträge von Darlehenssuchenden der Zentrale übermitteln. Der Interessengemeinschaft muß für deren Bemühungen ein erhebliches Honorar zugesichert werden. Der Darlehenssuchende erhält gegen Nachnahme in Höhe dieses Honorars eine wertlose Scheinofferte, damit sind die Bemühungen der Interessengemeinschaft zu Ende.

Die Preisrätselausschreiben von Versandhäusern üben immer noch eine Massensuggestion aus. Es ist auch zu verführerisch, für ein kinderleicht zu lösendes Rätsel einen wertvollen Preis zu erhalten. Die glücklichen Gewinner (das heißt alle, die sich an dem Preisrätsel beteiligen, dazu viele andere, denn mit Adressen wird ein schwungvoller Handel getrieben) erhalten die Mitteilung, daß für den gewonnenen Musikapparat oder Sprechapparat oder das Radiogerät oder die Standuhr usw. nur Geld zu senden sei (meist 16 bis 18 Mk.) für Selbstverpackungs- und Versandkosten, um in den Besitz des wertvollen Gewinnes zu kommen. Der gewonnene Gegenstand ist aber das Geld nicht wert (die Standuhren z. B. sind aus Pappmaché) oder es kommt der zweite Trick, nämlich die Aufforderung zur Einfindung von weiteren größeren Gelbbeträgen „für die Platten zum Sprechapparat“ oder „für die Röhren des Radiogeräts“. Verlangt der Betroffene sein Geld zurück, läßt die „Firma“ nichts von sich hören, so daß in zahlreichen Fällen die „glücklichen“ Gewinner weder den gewonnenen Gegenstand sehen, noch ihr für Verpackung und Versandspesen gesandtes Geld zurückbekommen haben.

Die Liste solcher Schmaroger am Volkskörper ist mit den vorstehenden Beispielen noch lange nicht erschöpft, es gibt Eintrittskarten- und Grußbestellungsbetrüger, Schwindler mit Geflügel-farmen, mit Automaten, mit Lizenzen auf Reklameapparate, Röhrbuchschwindler, schwindelhafte Lotterien, Baugenossenschaften und Siedlungs-gesellschaften, Wäscheschwindler und viele andere mehr.

Gegen das Heer der Marodeure sind vom Reich und von den deutschen Ländern schon mehrfach Schritte unternommen worden. Das Reichsarbeitsministerium hat die Behörden angewiesen, mit rücksichtsloser Strenge gegen Schwindelfirmen vorzugehen. Aber Staatsanwälte und Gerichte sind fast machtlos. Unter den 600 000 im Deutschen Reich alljährlich rechtskräftig verurteilten Personen sind zwar rund 50 000 Betrüger, es tauchen jedoch immer neue auf. Viele dieser Betrüger sind auch so gewitzt, daß sie den Gesetzen stets eine Nase drehen und dem Staatsanwalt, wenn dieser wirklich zugegriffen hat, aus dem Garn schlüpfen.

Dringend notwendig ist eine bessere Kontrolle der Zeitungsanzeigen durch die Anzeigenezpeditionen. Vielen Anzeigen sieht man den Schwindel auf den ersten Blick an. Die Presse darf nicht dem Grundgesetz des non olet huldbigen, sie trägt sonst mit die Verantwortung für die schweren Verluste, die die notleidenden Volksgenossen jahraus, jahrein durch solche Schwindelunternehmen erleiden. Nur wenn alle anständigen Kreise an der Verfolgung und Entlarung der Parasiten mitwirken, wird das Treiben dieser Hyänen des Wirtschaftslebens unterbunden werden können. Km.

Universität Halle



Eine Pflanzstätte deutscher Geistesarbeit im Jahre 1931

Electropolis

Die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke sind die aufregendste Sache, die ich je gesehen habe, so schön, wie ein Schimmer aus dem Märchenland. Es ist der dramatische Auftakt des ersten Aktes der industriellen Revolution. Als ich diese Maschinen sah, die Licht und Kraft für zwei Millionen Menschen erzeugen, praktisch ohne menschliche Arbeit, schien mir die Hand des Schicksals den Schleier beiseite zu schieben; ich sah den befreiten Schwa sich über den Körper erheben, den Geist triumphieren über den Stoff.

Diese Vorahnungen des Sieges über Schweiß und Mühsal durch stählerne Götter haben lange schon in den Seelen der Idealisten und in Büchern existiert. Jetzt haben sie begonnen, Gestalt und Form anzunehmen. Riesenkraftanlagen entstehen überall, und das Gewebe ihrer Nahe wird England bald ebenso wie Europa bedecken. Diese deutsche Anlage (Klingenberg) zu bauen, kostete nahezu 3 Millionen Pfund Sterling, und sie trinkt die halbe Spree auf die Flußtemperatur um 36 Grad Fahrenheit erhöhend, um ihre großen Turbinen zu kühlen. Man spricht beiläufig von einer Entwicklung von 200 000 Pferdekraften. Solch eine Versammlung lebender Bestien ist nie unter der Aufsicht eines Menschen gewesen, wenn es nicht Dschingis Khan war.

Ihr maschineller Wert ist beinahe ein Gemeinplatz in der Industrie, jedoch was neu ist, oder wenigstens um einige Grade neuer, das ist, daß diese Maschinen so gesichert gegen falsche Bedienung, so unermüdet und sich selbst kontrollierend arbeiten, daß sie in wenigen Jahren leicht sich selbst bedienen und vom Menschen loslösen werden, wie die mechanische Frau in „Metropolis“ Geisteskräfte von höchster Beschaffenheit gehörten zu ihrer Erschaffung, aber zu ihrer Bedienung ist fast gar keine nötig. Ein gelernter Arbeiter leistet die Arbeit, die 20 Jahre früher 100 taten.

Von drei gelernten Arbeitern. Nach London ist Berlin die größte Stadt von Europa, doch nur 50 Mann werden beansprucht, um die Straßen und Wohnungen der halben Stadt zu beleuchten, und von diesen 50 sind nur 3 gelernte Arbeiter. Die andern passen mit Oelkannen und Puzwolle in der Hand auf.

Wir treten in einen Paternosteraufzug und erreichen das oberste Stockwerk. Der Fußboden hier besteht aus lauter Gittern, unter unseren Füßen sind die gleichen Stockwerke und tief unten das weiße Licht der Oefen. Licht und Luft erreichen jeden Teil dieses hell erleuchteten Gebäudes, das von Leben zu Leben scheint, obgleich alle seine Kräfte unsichtbar sind.

Wir steigen eine Wendeltreppe wieder herunter, um den Kontrollraum zu beschichtigen. Hier befindet sich eine erleuchtete Karte zweimal so groß wie ein Mann, auf welcher der Druck, unter dem die Kessel gerade arbeiten, durch einen weißen Pfeil auf einer Skala angezeigt ist, während der Druck, unter dem sie gehalten werden müßten, um die zur Beleuchtung Berlins gerade in diesem besonderen Augenblick notwendige Elektrizität zu erzeugen, in rot auf einer anderen Skala gegenübergestellt ist. Der Kontrolleur, ein ruhiger junger Mann, sitzt an einem Tisch mit einem Telefon, der mit einer Dose mit Margueriten geschmückt ist; er achtet auf den roten und auf den weißen Anzeiger. Wenn beide gleich stehen, dann ist es gut, wenn sie aber voneinander abweichen, dann läutet er in den Kesselraum hinunter und verlangt mehr Druck.

Kessel des neuen Zeitalters. Laßt uns hinuntergehen in den Kesselraum! Welch eine glückliche Veränderung bedeuten diese neuzeitlichen Kessel gegenüber den erstickenden Höhlen,

die sie nur ein Jahrzehnt früher darstellten. Ich habe manche Schicht in einem Feuerungsraum am Roten Meer gearbeitet, und ich weiß, was eine solche Schicht bedeutet mit ihrem erstickenden Staub und müden Kohlentrimmern. Alle fünf Minuten trinkt man ein Glas Gerstenwasser, und selbst dann noch fordert die bestürzte und gequälte Haut mehr. Schmutzige Heizer liegen nackt und keuchend auf Deck. Mitunter wird einer wahnsinnig und springt über Bord. Diese Reisende erinnern sich solcher Vorfälle. Drei Mann haben so während meiner Reisen ihr Leben gelassen. Dies hat sich nun geändert oder ist im Begriff sich zu ändern.

Erzeugung kolossaler Energien. Die Kraft ist unsere Dienerin und verschlingt jetzt weniger Opfer an schwitzendem Fleisch. Solche Oefentüren sind sauber emaillierte Oeffnungen über einen Fuß im Quadrat. Wenn sie geöffnet sind, sieht man den bleichen Glanz des durch pneumatische Rohre geblasenen Kohlenstaubs. Sind sie geschlossen, dann könnte man sie für die Tür eines Eischranks halten. Man stelle sich nun vor, daß ein paar tausend Hausfrauen in diesem Augenblick ihr Haar trocken möchten oder ihre elektrische Rolle zu gebrauchen wünschen, daß hunderttausende von Arbeitern in ihre Wohnungen zurückkehren, in ihre Hauschuhe schlüpfen und das Licht andrehen. Die rote Pfeilrichtung zeigt den im Augenblick wachsenden Bedarf an Strom an. Unser Freund im weißen Dreß sieht, daß der Dampfdruck im dritten Kessel 10 Tonnen unter dem Bedarf ist. „Es werde Licht“, sagt er, und es wird dort Licht, denn ein Aufseher dreht ein vernickeltes Rad.

Wir verlassen die Kessel und begeben uns in den Generatorraum, wo sechs schwarz gewandete Walfische (jede dieser Turbinen ist so groß wie 16 Lokomotiven) auf einem Ozean von Beton festgefroren zu sein scheinen. Aber es sind vielleicht weniger die Walfische als vielmehr scheinbar aus einem Alldruckraum kommende Seidenwürmer, die ihre Lichtgewebe in der Verborgenheit ihrer Kokons spinnen. Man sieht nichts und niemand.

Alle beweglichen Teile sind verborgen unter zolldickem Stahl. Dort ist ein Wärter, doch in diesem Augenblick ist er auf dem Rücken einer dieser Riesenkreaturen am andern Ende der Halle und füttert sie mit Oel. Alles, was man hört, ist wie weicher, ferner Atem, wie die Brise auf dem Ozean. Ungeheure Kräfte werden hier geboren und hergerichtet zum Dienst für den Menschen. Jupiter verkauft uns seine Donnerkeile für soundsoviel Pfennig per Kilowattstunde.

Seltener als Wells Phantasie. Hochspannungskabel leiten durch den Fußboden nach einem andern Gebäude, das 150 Yards lang und drei Stockwerke hoch ist. Nicht ein menschliches Wesen ist hier, ausgenommen bei der täglichen Inspektion. Dies ist das Schalthaus. Wenn die erzeugte Spannung freien Lauf hätte, dann könnte sie tausend Menschen im Handumdrehen zerstören. Wir könnten natürlich eintreten, denn die Energien sind gut im Zaume gehalten, doch unsere Uhren würden falsch gehen, verwirrt durch die Kräfte, die dort herrschen.

Nichts, was Wells geschrieben hat und nicht die Phantasie eines Claude-Farrere sind so seltsam, wie diese Wirklichkeit. Hier ist eine neue Offenbarung in Stahl und Eisenbeton geschrieben, gegründet auf die alten Wahrheiten, jedoch den modernen Anforderungen und Kräften angepaßt, beide unvergleichbar größer als vor zweitausend Jahren. „Berl. Städt. Nachrichtendienst.“

Der verbesserte Arbeiter (made in USA.)

Die Leute in USA. haben viele schöne Gebrauchsartikel erfunden: Die moralische Schnellese, Whirligleys Kaugummi, Optimismus oder Verdienst am Kunden.

Pittsburgers Tomatenkast, die achtzig Methoden, wie man im Leid erstarkt — Und jetzt wirft Mr. Higgins (Chicago) auch noch den verbesserten Arbeiter auf den Markt

Unser Arbeiter kam manchmal noch sozusagen einzeln zur Welt. Der neue Typ wird natürlich in Serien hergestellt. Unserer zeigte bisweilen Ansätze marxistischen Verstandes — Der Neue hat Bleckkopf und ist — wie verlangt — die schlichte Fortsetzung des laufenden Bandes...

Ein sogenanntes Rückgrat kommt bei dem verbesserten Typ nicht in Frage. Mr. Higgins Arbeiter hat im Rücken die lang gewünschte Kautschukeinlage.

Wenn er schläft, schläft er allein. Auch hierin ist das Modell perfekt. Geschlecht lenkt ab — Hat kürzlich Reverend David S. Smith von der Sonntagsschule entdeckt

Der verbesserte Arbeiter kann sechzig Stunden am laufenden Band stehen. Streift er, sind entsprechende Schrauben noch fester zu drehn...

Keine Klappe für Lohnempfang! (Wie leider noch bei dem jetzigen Mann...) Dafür montiert man ihm rechts und links trostreiche Sprüche an...

Während unser Mann sich beim Abbau nutz- und respektlos erregt, Wird jener bloß abgeschraubt und (huch!) zum alten Eisen gelegt. Dort kann er nicht stänkern; wie der unserige das ja mit Vorliebe tut... Sondern wird umgewalzt und erscheint zum Muttertag als Thomsons praktischer Fingerhut.

Der verbesserte Arbeiter wird noch zwei wertvollste Neuheiten bringen: Unserer will manchmal noch essen oder die Internationale singen... Jener kriegt Oel und bestzt — wichtig für Interessenten! — Statt Klassenbewußtsein die eingebaute Schallplatte! Und die lobt den Präsidenten

Mr. Higgins Artikel wird — recht nett verpackt — zu Reklamepreisen Selbst in die gottverlassensten Dörfer reisen. So wird er auch in Berlin probelassen. Und wir werden ihn — wenn sagen Sie das?? — auf den ersten Blick und auf Stottern kaufen.

Kurz: der verbesserte Arbeiter siegt überall. Weil billiger und bequemer... Aber wer erfindet nun endlich mal den verbesserten Unternehmer?

Alice Gert-Rothholz im „Eimpfiffimus“

Sachleistungen für Arbeitslose

Der in den letzten Monaten oft aufgetauchte Gedanke, einen Teil der Arbeitslosenunterstützung in Sachleistungen (Naturalien) zu gewähren, ist Wirklichkeit geworden. Vorläufig steht diese Wirklichkeit zwar noch auf dem Papier, die Durchführung in der Praxis wird jedoch nicht allzu lange auf sich warten lassen. Es herrschte und herrscht auch heute noch über die Zweckmäßigkeit dieser Neuerung manche Meinungsverschiedenheit. Es erübrigt sich jedoch hier auf das Für und Wider der Sachleistungsgewährung einzugehen, da diese ja bereits gesetzlich verankert ist. Es soll in den folgenden Zeilen nur auf die hierfür in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen, Ausführungsverordnungen usw. eingegangen werden, ist doch für jeden Arbeitslosen die Frage sehr wichtig, wie sich für ihn die Dinge in der Zukunft gestalten werden.

Durch die „Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931“ ist in das Arbeitslosenversicherungsgesetz folgende Vorschrift (§ 109 Abs. 2) aufgenommen worden:

„Der Vorstand der Reichsanstalt kann anordnen, daß die Arbeitslosenunterstützung allgemein bis zu einem Drittel ihres Betrages in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden kann. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes bestimmt, mit welchem Geldbetrag die Sachleistungen zu bewerten sind. Seine Entscheidung ist endgültig.“

Es ist hiermit dem Vorstand der Reichsanstalt Vollmacht erteilt worden, einen Teil der Unterstützung in Sachleistungen zu gewähren. Ob und in welchem Umfange dieser von der Ermächtigung Gebrauch machen wird, ist noch unbestimmt. Eine Begrenzung ist gesetzlich insofern geschaffen, daß die Unterstützung nur in Höhe bis höchstens einem Drittel in Sachleistungen gewährt werden darf. Eine weitgehende Vollmacht haben die Vorsitzenden der Arbeitsämter erhalten. Diese haben den Geldwert (Anrechnungswert) der Sachleistungen festzusetzen. Selbstverständlich liegt es im Interesse der Arbeitslosen, daß dieser Geldwert möglichst niedrig festgesetzt wird.

Unterm 12. Oktober 1931 hat nun der Reichsarbeitsminister an die obersten Sozialbehörden der Länder und an den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ein Rundschreiben gerichtet. Dieses führt den Titel:

„Gewährung von Sachleistungen in der Arbeitslosenfürsorge und Verbilligung des Lebensbedarfs für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige.“

Dieser Erlass des Ministers Dr. Stegerwald geht in umfassender Weise auf das Problem und seine Durchführung ein. Gewarnt wird in ihm vor Versuchen, die Naturalversorgung der Arbeitslosen unter Ausschaltung des Handels in eigener Regie durchzuführen. Es heißt hierzu wörtlich in dem Rundschreiben:

„Abgesehen von dem Schaden, der dadurch einer volkswirtschaftlich wertvollen Wirtschaftsgruppe zugefügt würde, bestände die Gefahr, daß Ersparnisse, die vielleicht am Einkaufspreis erzielt werden könnten, durch die Kosten der Organisation und die mit der Uebernahme des Risikos für die Warenlieferungen verbundenen Einbußen wieder verloren gingen.“

Weiter heißt es wörtlich:

„Auch die Frage, wieweit die Gewährung von Sachleistungen durch Vermittlung des Handels empfehlenswert ist, kann nicht einheitlich zentral, sondern jeweils nur nach Lage der örtlichen Verhältnisse entschieden werden. Die Ersetzung von Barleistungen durch Sachleistungen bedeutet einen starken Eingriff in die Lebensführung und Selbstverantwortlichkeit der Unterstützungsempfänger. Sie wird daher in der Regel nur dann zu rechtfertigen sein, wenn dadurch eine bessere Versorgung der Unterstützten erreicht werden kann und wenn die Naturalversorgung nicht auf einen zu großen Teil des Lebensbedarfs ausgedehnt wird.“

Es geht aus diesen Ausführungen hervor, daß die Naturalleistung nicht die Regel sein und werden soll. Sie soll vielmehr nur in besonders gelagerten Fällen Platz greifen. Wichtig sind weiter folgende Ausführungen:

„Am wenigsten werden Bedenken dagegen erhoben werden können, daß ein Teil der Unterstützung durch Lieferung von Brot gewährt wird; auch dabei werden aber aus persönlichen Gründen des Unterstützten, vor allem wegen Krankheit, Ausnahmen zugelassen werden müssen. Außerdem wird vielleicht noch die Lieferung von Kartoffeln und Brennstoffen in Frage kommen, wobei auf die örtlichen Gegebenheiten und die Verhältnisse der einzelnen Unterstützten in weitestem Maße Rücksicht genommen werden muß. Die Verabreichung warmer Mahlzeiten aus Volkshäusern, deren Einrichtung möglichst der freien Wohlfahrtspflege (warum?) überlassen werden sollte, wird jedenfalls auf Lebige zu beschränken sein.“

Empfohlen wird weiter überall ein Zusammenarbeiten zwischen den Arbeitsämtern mit den Wohlfahrtsämtern.

Außer diesen Vorschlägen enthält das Rundschreiben Ergebnisse von Verhandlungen der Reichsregierung mit den Spitzenverbänden der Industrie, des Handels und des Handwerks über eine Verbilligung des Lebensbedarfs für Arbeitslose. Diese Verbände haben fast ausnahmslos ihre Mitwirkung zugesagt. Auf die Einzelheiten dieser Ergebnisse kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. So ist erzielt worden (wenigstens vorläufig theoretisch), daß beispielsweise Haldenkohle um 30 Proz. billiger geliefert werden soll, schlesische Kohle soll um 50 Proz. gesenkt werden. Durch besondere Vereinbarungen ist in Berlin erzielt worden, daß Arbeitslose für das 2½-Pfund-Brot 4 Pf. und für den Zentner Kartoffeln 90 Pf. weniger zahlen.

In einem weiteren Abschnitt des Rundschreibens werden Vorschläge für die interne Durchführung der Naturalversorgung gemacht. So wird vorgeschlagen, den Unterstützungsempfängern unter Anrechnung auf die Barunterstützung Gutscheine über Waren, die nach Art und Menge bestimmt sind, auszuhändigen. Die Verbilligung ist dadurch herbeizuführen, daß nur der vom Unterstützten zu tragende Vorzugspreis von der Barunterstützung abgezogen wird. Ein anderer Vorschlag wendet sich dem Bezugsscheinverfahren zu. Nachdem der Weg durch Verhandlungen mit den Spitzenverbänden gebnet ist, ist es nunmehr Sache der örtlichen Stellen die Angelegenheit weiter zu fördern.

Es ist dies in ganz großen Zügen der Inhalt des Gesetzes und des Rundschreibens. Es muß abgewartet werden, wie sich die Dinge in der Praxis entwickeln. KI—s.

Unsere Jugend

Was ein alter Kämpfer erzählt

In der „Bergbau-Jugend“, dem Organ junger Arbeiter der Bergbauindustrie, erzählte einmal der Begründer des Verbandes der Bergarbeiter, August Siegel, etwas aus seinem Leben. Es ist ein eindrucksvoller Bericht, der zeigt, wie schwer es gewesen ist, Gewerkschaften zu bilden und wie unendlich dankbar wir Jungen jenen alten Kämpfern sein müssen, die alles, auch ihre Existenz, aufs Spiel setzten, um gegen Ungerechtigkeit und Willkür anzukämpfen. Siegel schreibt u. a.:

„In diesem Jahre werde ich 73 Jahre alt. Dem elften Lebensjahre an mußte ich durch die Bergarbeit mein Brot verdienen. Die Arbeitszeit für Jugendliche betrug in den siebziger Jahren täglich zwölf Stunden. Die älteren Arbeiter mußten oft 36 Stunden in der Grube bleiben. Anfänglich verdiente ich 40 Pf. pro Schicht. Diese katastrophalen Zustände haben frühzeitig in mir eine sozialistische Gesinnung und gewerkschaftlichen Tatwillen erweckt. Diese sozialistische Ueberzeugung habe ich mir bis heute bewahrt, obwohl mein Leben sehr wechselvoll verlief. In meiner 16jährigen Tätigkeit als Bergmann in Deutschland mußte ich oft von einem Bergbaurevier ins andere wandern. Aber auch in dem westfälischen Kohlengrube, in dem ich die längste Zeit tätig war, mußte ich öfters infolge Maßregelungen meine Arbeitsstelle wechseln.“

Meine Tätigkeit für den Verband brachte mir unter dem alten Regime zahlreiche Gefängnisstrafen, so daß ich schließlich 1892 nach England flüchten mußte. In England, wo ich 23 Jahre als Bergmann arbeitete, erging es mir nicht besser. Im Kampf gegen die englischen Grubenherren mußte ich mit meiner Familie manche Not erleiden und neue Maßregelungen erdulden. So bin ich alt und grau geworden. Trotzdem: Wenn ich heute wieder am Anfang meines Lebens stände, würde ich nicht anders handeln. Genau wie damals würde ich gegen die menschenunwürdigen Zustände und die Willkürherrschaft ankämpfen. Obwohl mich die erlittenen Ungerechtigkeiten und Mühsale oft an den Rand der Verzweiflung brachten, würde ich lieber jederzeit alles Schwere ertragen, als ein willenloser Lohnarbeiter und Duckmäuser zu werden. Selbst zahlreiche Enttäuschungen, die ich erleben mußte, konnten meinen gewerkschaftlichen Arbeitswillen nicht lähmen.“

Das proletarische Freiheits- und Gerechtigkeitsprinzip, der Glaube an die sozialistische Gesellschaftsordnung sowie der Widerwille gegen die empörenden Zustände in der kapitalistischen Wirtschaft spornten mich immer wieder zu unermüdlicher Arbeit an. Wenn ich eines zu bedauern habe, dann ist es die Erscheinung, daß ich immer älter und weniger leistungsfähiger werde. Ueber diesen lähmenden Gedanken hilft mir die Gewißheit hinweg, daß unser Befreiungswerk nicht ergebnislos geblieben ist. Zugleich habe ich die Hoffnung, daß sich zu seiner Vollendung eine junge Generation findet, die im gleichen Maße von unserem Ideal und Schaffenswillen durchdrungen ist, so daß ich über kurz oder lang mit dem frohen Gedanken meine Augen schließen kann: „Das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt!“

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Der politische Mord

„Willst du nicht mein Bruder sein,
So schlag ich dir den Schädel ein!“

Mit diesem Reimsatz hat einmal Fürst Bülow die deutsche Sozialdemokratie als die Partei des Terrors bezeichnet. Diese Beschuldigung war nicht nur leichtfertig, sondern frivol und wider besseres Wissen erhoben. Wo hat die Sozialdemokratie den politischen Terror angewandt? Wo hat es vor dem 9. November 1918 in Deutschland einen politischen Parteimord gegeben? Niemals hat die Sozialdemokratie politischen Terror verteidigt, gefördert oder angewandt. Die Sozialdemokratie der Vor- und Nachkriegszeit ist stets jenen schönen Worten treu geblieben:

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren
Mit Flint' und Speer nicht kämpfen wir,
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier.“

Wenn also die Worte Bülows für die Sozialdemokratie die ungerechteste Beschuldigung waren, so sind sie in der heutigen Zeit für Nationalsozialisten und Kommunisten wirklich wahre Worte. Tagtäglich liest man in der Presse von Zusammenstößen, von Messertetereien und Revolberknalleri der links- und rechts-extremen Parteien. Was gilt ein Menschenleben bei diesen Rowdys, das Killen und Erledigen ist geradezu zum Sport geworden. In den Versammlungen spricht man von lieben deutschen Volksgenossen, von Arbeitsbrüdern und Arbeitschwestern und schließlich ist der Revolver und das Messer sichtbarer Ausdruck dieser Volksgemeinschaft und brüderlicher Liebe. — Einen jeden anständig denkenden Menschen muß diese Verrohung des politischen Lebens mit Schrecken und Entsetzen erfüllen. Fragen wir uns, was die Ursache dieser Verrohung des politischen Tageskampfes ist, so wird die Beantwortung nicht schwer fallen. Nur in der verheerenden Sprache der extremen Parteien von rechts und links wird die Hauptursache zu finden sein. Die im rüden Cassenton geführte Sprache ihrer Presse, verbunden mit unverantwortlicher demagogischer Heze, die Entschuldigung, ja Verherrlichung ganz gemeiner Taten, die Sprache des Köpferollens, der Abrechnung und der Vergeltung, alles dieses sind Faktoren, die an dieser Verrohung mitschuldig sind.

Streitsüchtige, Kaufbolde, geborene Rowdys mögen hüben und drüben sein. In der Hauptsache ist es aber die maßlose Verheerung, die zu den politischen Attentaten führt. Die zynisch rohen Worte „SA-Rente, die Nacht nach dem Tage unserer Besitzergreifung gehört euch! Und es wird eine Nacht der langen Messer sein!“ und jene niedrigen Haßgefänge der Nazijünger

„So stehen die Sturmkolonnen zum Klassenkampf bereit
Erst wenn die Juden bluten, ist das Volk befreit.“

oder

„Wenn der Sturmsoldat zu Felde zieht,
Dann hat er frohen Mut
Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt,
Dann gehts noch mal so gut.“

kennzeichnet diese Verheerung in ihrer ganzen Rohheit und Schrecklichkeit. — Wieviel Jammer und Elend ist auf dieses Konto zu buchen. Hier ein Nationalsozialist erschossen, dort ein Kommunist erstochen und wiederum ein Schupo oder ein ganz Unbeteiligter erschlagen. Wer kennt die Tränen der Mütter über ihre gemordeten Söhne, den Jammer und Schmerz der Frauen und Kinder, die den Gatten, den Vater, den Ernährer durch dieses politische Rowdytum verloren haben. Wo ist Sitte, Recht und Gesetz, Kultur und Volksgemeinschaft, um sich aufzubauen gegen diese demoralisierende Zersetzung des politischen Lebens? Mit Recht kann man sagen, daß das vierjährige Völkermorden uns ethisch abgestumpft hat gegenüber der Heiligkeit eines Menschenlebens. Ein Mord in der Vorkriegszeit galt als etwas Schreckliches, das wochenlang unsere Gemüter bewegte und erregte. Heute ist man diesen viehischen Rohheitsdelikten gegenüber gleichgültig und abgestumpft. Ein politisches Mäntelchen um eine gemeine Mordtat gehängt, und der Mörder ist ein Held des Tages, der vor Strafe geschützt und schließlich noch mit einem M. d. R. belohnt wird. Hier das Hakenkreuz, dort den Sowjetstern an die Brust geheftet und das Totschlagen ist eine „nationale Tat“, ist aktiver „Klassenkampf“.

Wie lange noch soll das deutsche Volk diesem politischen Terror der Hitler-Jünger und Chälmannen ausgesetzt sein? Wie lange noch soll Mord und Totschlag, Verleumdung und Ehr-

abschneideret das politische Leben beeinflussen? Wie lange noch soll die Seele des Volkes vergiftet werden mit dem Geist des Hasses und der Verheerung? Diese ernstesten Fragen in ihrer wahren Bedeutung zu erfassen, ist das Gebot der Stunde, ist Lebensschicksal des deutschen Volkes. Hitler und Chälmann, beide sind Faschisten, sind Gewaltmenschen und somit Antipoden von Recht und Menschlichkeit, und alle die deutschen Volks- und Klassen-genossen, die im politischen Tageskampf erschossen, erschlagen oder erstochen wurden, sind Opfer dieser Gewaltmethode, und ein untrügliches Vorzeichen, was eine Herrschaft dieser Links- und Rechtsextremen bedeuten würde.

In dem Abwehrkampf gegen diese Politik der rohen Gewalt müssen sich alle anständig politisch denkenden Menschen zusammensuchen und vor allem den Mörder einen Mörder nennen, mag auch das Hakenkreuz oder der Sowjetstern noch so schmuck die Mörderbrust zieren. Die Wogen des politischen Kampfes mögen noch so hoch ihre Wellen schlagen, Menschenleben, Menschen-schicksale sollen diese Wellen nicht ver-schlingen. Ein jedes Menschenleben, das soll heilig sein! Denn „Alle Menschen gleich geboren, sind ein adelig Geschlecht!“

Friz Leng, Heidelberg.

„Klassenkampf“ gegen eigene Klassengenossen

Aus Kolberg wird uns geschrieben: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ so lautet der Kampfruf des internationalen klassenbewußten Proletariats. Wie nun die RGO. diesem Kampfruf nachkommt, soll folgendes Beispiel zeigen. Unser Kollege Heilig hat in den Augen der RGO. das Verbrechen begangen, gegen den Volksentscheid Stellung zu nehmen. Dabei hat er auf das unnatürliche Bündnis zwischen Stahlhelm, Nazi und KPD. hingewiesen. Die RGO. glaubte nun, den Kampf gegen den Kollegen Heilig aufnehmen zu müssen, indem man an die Front seiner Wohnung schrieb: „Ei, ei, wer wohnt denn hier? Die SPD.“ Dabei war Kollege Heilig noch nie Mitglied der SPD. Vielmehr war er zehn Jahre Mitglied der KPD. und wurde dort nur auf Grund seiner gewerkschaftlichen Arbeit ausgeschlossen. Vielleicht wollte die RGO. durch die Inschrift „Ei, ei, wer wohnt denn hier?“ den Mitgliedern des Stahlhelms sagen: „Auf den brauchst ihr keine Rücksicht zu nehmen!“ Denn es ist in Kolberg kein Geheimnis mehr, daß wenige Tage vor dem Volksentscheid auf unseren Kollegen Heilig vier Schüsse aus einer Selbstladepistole von seiten eines Stahlhelmers in Uniform abgegeben wurden. Ob nun die RGO. glaubte, sich für diese Tat bei ihren Bundesgenossen bedanken zu müssen? Denn nur so ist es zu verstehen, daß man einen Gewerkschafter an die gegnerische Klasse verriet. — Echtes „Klassenkämpfer“!

Kleintierzucht und Volksnahrung

In Nr. 28 der „Gewerkschaft“ schreibt ein Kollege über „Kulturproblem und Wirtschaftsfaktor“, über das Nutzbringende im Kleingartenbau. Zur Volksnahrung und zum Kulturproblem gehört auch die Kleintierzucht. Um diese zu heben, haben sich nach dem Kriege freigewerkschaftlich organisierte Kleintierzüchter zu einem Arbeiter-Kleintierzüchter-Verband zusammengeschlossen, der es jedem ermöglichen soll, sich reine Rassetiere in Hühnern oder Kaninchen anzuschaffen. Vorträge werden gehalten über Krankheit der Tiere und deren Behandlung. Kollegen, deshalb rufen wir euch zu, kommt zu uns, die ihr freigewerkschaftlich organisiert seid. In jeder Familie gibt es so viele Küchenabfälle, daß jeder Kollege sich einige Tiere halten kann. Unsere Ausstellungen sind frei, es werden weder Standgeld noch Schreibgebühren erhoben. Wir züchten Rassetiere nicht nur wegen des Fleisches, sondern auch wegen der Felle. In jeder Familie können Felle als Pelze gebraucht werden, ebenso Federn von Hausgeflügel. Bruteier werden zu dem täglichen Verkaufspreis eines Frischweies abgegeben, auch geben wir Jungtiere von Rassetieren an neue Züchter gegen Nicht-rassetiere ab. Im Rheinland und in Westfalen haben sich in den paar Jahren so viele Freunde gefunden, daß wir auch an euch im übrigen Deutschland den Ruf richten, reißt euch ein in den „Arbeiter und Deutscher Kleintierzüchter“. Wir geben gern Auskunft im Fütterungswesen. Zuschriften sind zu richten an Hermann Rosenkammer, Solingen, Grüntal 1, Post Höhscheid.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten betrug für den Durchschnitt des Monats Oktober 133,1 gegen 134,0 im Monat September. Einen Vergleich der Entwicklung der Indizes im Monat Oktober der Jahre 1929, 1930 und 1931 gibt folgende Tabelle:

	1913	1929	1930	1931
Gesamtindex	100	153,5	145,4	133,1
Ernährung	100	153,8	139,5	123,4
Welleidung	100	170,8	158,6	134,2
Sonstiger Bedarf einschl. Verkehr	100	192,2	192,7	182,5
Heizung und Beleuchtung	100	152,6	153,5	148,8
Wohnung	100	126,5	130,7	131,6

Die Amtsvertretungswahlen in Mecklenburg-Schwerin brachten wieder einen Erfolg den Nazis und einen Stimmenrückgang der SPD. Nur im Amt Hagenow erreichte die SPD einen Stimmenzuwachs von rund 1200 Stimmen.

Minister Klagges, Braunschweig, hat auf Anordnung des Reichsministers Goerner das Verbot des „Volksfreund“ ab 1. November aufgehoben, aber alle margitischen Demonstrationen verboten. — Am 5. November erfolgte neues Verbot auf sieben Tage, weil der „Volksfreund“ gesagt hatte, Klagges habe im Landtage den Mord an dem Arbeiter Fischer entschuldigt.

Deutschnationales Mißtrauensvotum gegen Minister Steiger wurde am 4. November vom Landtage mit 228 gegen 179 Stimmen abgelehnt.

Nationalistische Studentenkrawalle in der Universität Halle, die sich gegen den Professor Dehn richteten, führten zu zeitweiser Schließung der Hochschule.

Aus unserer Bewegung

Düsseldorf. In der Quartalsgeneralversammlung am 27. Oktober 1931 gab Kollege Momm den Geschäftsbericht, in dem er zum Ausdruck brachte, daß das 3. Quartal, gleichfalls wie die vorhergegangenen Quartale, im Zeichen der Notverordnungen stand. Ganz besonders, so hob er hervor, werden die Arbeitnehmer der Rheinbahn, der Gemeinde-, Staats- und Reichsbetriebe betroffen. In aller Einmütigkeit wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung gutgeheißen, zumal ein ganz erhebliches Maß von Arbeit geleistet worden ist. Die Mitgliederzahl ist von 5100 auf 4650 zurückgegangen. Beim Arbeits- bzw. Landesarbeitsgericht konnten für unsere Mitglieder 1419,37 Mk. eingeklagt werden. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

„Unter Ausnutzung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse greifen alle Arbeitgeber zu Maßnahmen, die die Existenzmöglichkeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten außerordentlich gefährden. Die unter den schwierigsten Verhältnissen erlittenen Ertragsverluste der gewerkschaftlichen Organisationen wollen die Arbeitgeber den Arbeitnehmern — in Anbetracht der großen Erwerbslosigkeit und unter Hinweis auf die Nöte der Zeit — restlos entziehen. Aus dem Munde der Arbeitgeber selbst ist mehrfach bekanntgeworden, daß sie diesen Kampf gegen die Arbeiterklasse nicht deshalb führen, weil sie glauben, daß nach Erfüllung ihrer Forderungen die Wirtschaft in Ordnung gebracht werden kann. Die Arbeitgeber wollen ihre Forderungen durchsetzen, um die Unzufriedenheit der Kollegenschaft gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation zu züchten. Sie wollen dadurch die gewerkschaftliche Organisation zerschlagen helfen, um nach der Zerschlagung aus jedem Arbeitnehmer ein willfähiges Objekt des Arbeitgebers machen zu können. — Die versammelten Delegierten des Gesamtverbandes (Ortsverwaltung Düsseldorf) erklären hierzu, daß sie trotz aller Notzeit für den Ausbau der Organisation eintreten, damit die Vorbedingungen erfüllt werden, die zu einem erfolgreichen Kampf zwecks Abwehr gegen die unsozialen Forderungen der Arbeitgeber notwendig sind. — Von der Verbandsleitung wird erwartet, daß nach erschöpfter Verhandlungsmöglichkeit über Änderung von Lohn- und Tarifvertragsbestimmungen den Mitgliedern die letzte Entscheidung über das Verhandlungsergebnis überlassen wird.“

Hamburg. In der Vertreterversammlung am 30. Oktober gab Kollege Gaack den Geschäftsbericht über das 3. Quartal. Die noch immer steigende Erwerbslosenzahl ergibt einen Rückgang der Beiträge bzw. der Einnahmen und eine starke Steigerung der Ausgaben. Dieses Mißverhältnis wird noch verstärkt infolge der sich automatisch ermäßigenden Beiträge infolge der gesunkenen Löhne. Eine weitere Erscheinung der gegenwärtigen Wirtschaftsdepression ist ein wenn auch mäßiger Rückgang der Mitgliederzahl. Alle diese Erscheinungen brachten uns einen Einnahmerückgang von 50 000 Mk. im verfloßenen Quartal. Deshalb brauchen wir aber nicht pessimistisch zu sein; denn trotz des Rückganges der Mitgliederzahl um rund 2000 steht unsere Organisation mit ihren 74 000 Mitgliedern fest und geschlossen da.

Wir zahlten aus an Arbeitslosenunterstützung 150 500 Mk., an Krankenunterstützung 79 000 Mk., an Sterbeunterstützung 28 000 Mark, an Invalidenunterstützung 37 000 Mk., an Notfallunterstützung 14 000 Mk., zusammen 308 500 Mk. Hinzu kommen noch die Ausgaben für Rechtschutz usw. Diese Ziffern sprechen eine beredete Sprache über den Wert der Organisation für die Mitglieder in den Zeiten der Not. — Auch unsere Lohn- und Tariffbewegungen zeigen ein abweichendes Bild gegenüber früheren Verhältnissen. Während wir früher fast durchweg in der Offensive waren, sind wir jetzt in eine Defensivstellung gedrängt. Diese Tatsache muß es uns zur ganz besonderen Pflicht machen, die vom Verbandsvorstand eingeleitete Werbeaktion mit aller Energie durchzuführen, um die Schlagkraft der Organisation zu erhöhen. Mit einer Aufforderung an die Funktionäre zur weiteren treuen Mitarbeit schloß Kollege Schulz die Versammlung.

Magdeburg. In der Generalversammlung am 30. Oktober hielt Polizeipräsident, Genosse Dr. Baerensprung, einen mit großem Beifall aufgenommenen Lichtbildvortrag über: „Das Frankreich von heute.“ — Den Bericht der Ortsverwaltung über die Tätigkeit im 3. Quartal erstattete Kollege Kuhnert. Nach einem allgemeinen Rückblick über die wirtschaftliche und politische Lage wurde mitgeteilt, daß im verfloßenen Quartal insgesamt sechs Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht worden sind. An diesen sechs Lohnbewegungen waren beteiligt die Gemeindegewerkschaften, die Straßengewerkschaften, das Gesundheitswesen, die Firma Adler jun. in Gerwisch, die Wächter vom Magdeburger Wagh- und Schließinstitut und die Kollegen bei der Magdeburger Straßenbahn. Bei der letzteren Bewegung handelte es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit um ½ Stunde täglich. Die Lohnbewegungen erstreckten sich insgesamt auf 35 Betriebe mit 3704 Beschäftigten. Außer den Lohnbewegungen waren eine Anzahl Klagen vor dem Arbeitsgericht und Einsprüche vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes zu vertreten. Die für die Kollegen eingeklagte Lohnsumme beim Arbeitsgericht betrug 749 Mk. Außerdem wurden im 3. Quartal 23 Strafsachen und 9 Schadenersatzfälle erledigt. Die gesamten vom Verband bezahlten Kosten für diese Straf- und Schadenersatzsachen betragen 5103,97 Mk. Die Mitgliederzahl der Ortsverwaltung Magdeburg betrug am Schlusse des 3. Quartals 8046. Den Kassenbericht erstattete der Kollege Mattern. Am Schlusse des 3. Quartals war ein Bestand von 24 547,01 Mk. in der Ortsverwaltung Magdeburg vorhanden. Die Versammlung erklärte sich mit der Verwaltung im verfloßenen Quartal einmütig einverstanden.

Reutlingen. In der Generalversammlung am 31. Oktober gab Kollege Rapp den Geschäftsbericht für das 3. Quartal. Trotz des wirtschaftlichen Niederganges ist die Mitgliederzahl der Ortsgruppe konstant geblieben. Außer einer Anzahl Erfolge vor dem Arbeitsgericht, die auf Grund der Vertretung durch die Organisation erreicht wurden, sei noch erwähnt, daß in häufigen Fällen durch Eingreifen des Verbandes die Tarifrechte unserer Mitglieder mit Erfolg verfolgt wurden. Nach Entgegennahme des Kassenberichts des Kollegen Müller referierte Kollege Böhm, Stuttgart, über „Die Werbeaktion des Gesamtverbandes“. Er verurteilte im besonderen das gewerkschaftschädigende Treiben der RGO. Diese Strategen nehmen nur den Mund voll, wenn es gegen eigene Klassengenossen geht, sitzen sie aber mit den von ihnen so übel verleumdeten Gewerkschaftsvertretern am Verhandlungstisch den Unternehmern gegenüber, so ist es aus mit ihren „klassenkämpferischen“ Phrasen. Dort vergeht ihnen der „revolutionäre“ Elan. Ist das noch Klassenkampf, wenn der Vertreter der RGO bei den Lohnverhandlungen für das Fuhr- und Transportgewerbe als erster den Vorschlag in der Kommission macht, man sollte den Unternehmern doch einen Abbau von 6½ Proz. in Vorschlag bringen. Es hat keinen Wert, den starken Mann nach außen zu mimen, wenn man von seiner eigenen Unzulänglichkeit so überzeugt ist. Die gut besuchte Versammlung brachte zum Ausdruck, daß sie die RGO als arbeiterfeindlich bekämpft. Für alle Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs ist die Losung: „Stärkt und werbt für den Gesamt-Verband, er ist das Bollwerk und die Festung, an der alle Angriffe der Arbeiterfeinde zerfallen werden.“

RUNDSCHAU

Hitler und Stahlhelm gegen die Gewerkschaften. Die großen finanziellen Zuwendungen aus dem Unternehmerlager an die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ erfolgen nicht ohne Gegenleistungen. Das Unternehmertum hat auf Hitler die Hoffnung gesetzt, daß er die Gewerkschaften zerschlagen und das Tarifwesen und die sozialen Einrichtungen beseitigen wird. Aus diesen Gründen finanzieren sie die Hitler-Bewegung. Wie stark das Vertrauen der Unternehmer zu Hitler ist, geht aus folgender Erklärung des Zentralorgans der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ hervor:

„Wir erfahren aus bester Quelle, daß Hitler der rheinisch-westfälischen Schmelzindustrie erneut versichert haben soll, daß er gegen Tarifvertrag und Gewerkschaften ist. Diese Erklärung Hitlers sei erneut ver-

langt worden, da die Industrie befürchtet habe, daß Hitler seine früheren in gleicher Richtung gehenden Erklärungen nicht aufrechterhalten könne."

Auf Grund dieser Feststellungen richtet „Der Deutsche“ an Hitler folgende Fragen:

„1. Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind? 2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Harz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerschlagen? 3. Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen läßt?"

„Der Deutsche“ wird auf eine Antwort lange warten können. Auf solche und ähnliche Fragen hat der staatenlose Hitler noch nie eine Antwort gegeben. Was soll er auch darauf antworten? Sagt er die Wahrheit, daß seine Partei im Solde des sozialreaktionären Unternehmertums steht, dann laufen ihm die Arbeiter fort. Lügt er aber, daß er den Unternehmern die vom „Deutschen“ festgestellten Zusicherungen nicht gemacht hat, dann lassen ihn die Unternehmer fallen. Das eine wie das andere würde den Zusammenbruch der mit Schwindel aufgezogenen und mit Schwindel zusammengehaltenen Partei bedeuten. Daher schweigt Hitler. Er schweigt auch, wenn man die Fragen des „Deutschen“ mit gröblichen und strafbaren Beleidigungen verbindet. Und das will schon was heißen. — Um so deutlicher antwortet aber „Der Stahlhelm“ in seiner Nr. 44. Auf die Frage nach der Gewerkschaftsfeindlichkeit antwortet „Der Stahlhelm“ mit einer Verherrlichung der Korporationen Mussolinis. Das eindeutig und klar. Auf die Frage nach der Gegnerschaft gegen die Tarifverträge folgt eine wüste Beschimpfung der Lohnpolitik der Gewerkschaften und der „Tarifschraube“ und die Forderung einer „zeitgemäßen Reform des Tarifrechts“. Eine echt gelbe Antwort! — Frage 2 nach der Stellung zur Sozialversicherung wird wie folgt beantwortet:

„Sozialreaktionär ist ferner das System der Sozialversicherung geworden, das die staatliche Zwangsversicherung über mehr als den vierten Teil des Arbeitnehmerentommens bedeutet. Durch ein soziales Sparsystem, wie wir es in unserer Stahlhelm-Selbsthilfe als Keimen Ansatz eingebaut haben, würde die große Masse der abhängigen Arbeiter und Angestellten aus der erlittenen Obhut eines bürokratischen, zum Selbstzweck gewordenen sozialen Apparates erlöst werden, ohne doch schrankenloser Willkür, die vor Einführung der Sozialversicherung den Armen bedrängte, ausgeliefert zu sein.“

Der Stahlhelm will gemeinsam mit Hugenberg, dessen eigene Worte er hier wiederholt, die deutsche Sozialversicherung zerschlagen! — Auf Frage 3 wird keine direkte Antwort gegeben, wohl aber eine indirekte, die für sich selbst spricht. Das Bekenntnis des Stahlhelms endet mit einer wüsten Klopfederei für den Kapitalismus, wie sie in der „Bergwerks-Zeitung“ nicht besser stehen könnte. — Damit ist vollste Klarheit über die Stellung des Stahlhelms geschaffen. Er steht hinter der Sozialreaktion von Harzburg, er bekennt sich als faschistische Organisation gegen die Arbeiterorganisationen und die Arbeiterrechte. Die Einheitsfront zwischen Hitler und Selbte ist gegen die Gewerkschaften hergestellt.

Kommt eine Reform der Rechtschreibung? Seit Jahren bemühen sich die verschiedensten Kreise aus allen Gesellschaftsschichten, auch in der Rechtschreibung dem Fortschritt die Wege zu ebnen. Gelehrte sowohl wie Lehrer beschäftigen sich zurzeit mit diesen Problemen. Auch in der Arbeitererschaft beginnt man einzusehen, daß auf diesem Gebiete durchgreifende Reformen notwendig sind. Die Buchdrucker, die sich von Berufs wegen täglich mit den Schwierigkeiten der heute geltenden amtlichen Rechtschreibung plagen müssen, haben in Erfurt Ende August auf dem Siebenten Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker diesen Fragen wieder besondere Beachtung zuteil werden lassen. Eine Entschließung, die zehn Punkte als „Erfurter Rechtschreibungsreform-Programm“ enthält, wurde einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die amtliche deutsche Rechtschreibung mit ihren verzwickten und verwinkelten Regeln, den vielen Ausnahmen von diesen Regeln und den unbegreiflichen Widersprüchen in der Schreibweise macht es selbst den Sprachgelehrten und Lehrern, viel mehr aber den im praktischen Erwerbsleben stehenden deutschen Volksgenossen unmöglich, sie zu beherrschen. Insbesondere gilt das von der ganz willkürlichen Groß- und Kleinschreibung, die auch sprachwissenschaftlich unhaltbar ist. Diese Rechtschreibung paßt nicht mehr in unsere Zeit, deren hochentwickelte Technik und veränderte Formenauffassung es dringend erfordert, ein so wichtiges Ausdrucksmittel der Sprache wie die Rechtschreibung wesentlich zu vereinfachen. Bei dem heutigen Stand des Buchdruckgewerbes bringt die geltende Rechtschreibung diese Widerwärtigkeiten im Produktionsgang. Durch Vereinfachung der Rechtschreibung wird im Schulunterricht auch die Zeit für notwendige Arbeitsgebiete frei. — Als bald zu verwirklichende Mindestreform ist zu verlangen:

1. Kleinschreibung mit Ausnahme von Satzanfängen, geographischen und Eigennamen. — 2. Beseitigung aller Doppelschreibungen. — 3. Be-

deutende Vereinfachung der Zusammenschreibungen zugunsten der Getrennschreibung; keine Unterscheidung von sinnlicher und übertragener Bedeutung durch die Schreibweise. — 4. Beseitigung der griechisch-lateinischen Sonderschreibung: ph wird f; th wird t; rh wird r; y wird i, wo es wie i gesprochen wird (jünger, mirte); ch mit R-Laut wird k (Karakter, Kritik, Kronik). Die gleich klingende Lautverbindung ch, ts, ds und g ist in der Schreibung mehr zu vereinheitlichen (g darf nur in Fremdwörtern und Namen verwendet werden). — 5. Lehnwörter aus dem Französischen werden der deutschen Schreibung angepaßt: Kofför, Koffee, redaktör, friör; ebenso häufig gebrauchte Lehnwörter aus anderen Sprachen: traufen (englisch crawl), Faschismus (italienisch: fascismo), schi (norwegisch: ski) usw. — 6. Beseitigung aller Vokalverdopplungen, wo keine Mißverständnisse zu befürchten sind. — 7. Beschränkung des Dehnungs-h auf die unbedingt notwendigen, vor Verwechslungen schützenden Fälle (z. B. in — ihn). — 8. Vereinfachung der Apostrophregel (ich bleib; heilige; wenns möglich, rein, raus). — 9. Durchführung der Trennung nach Sprechsilben: wa-rum, da-rum, mo-nar-chie, pä-da-gog. — 10. Ausgleichung bestehender Rechtschreibformen: z. B. überschwang — überschwänglich (nicht: überschwenglich), abs-tinenzler — temperanzler (nicht: temperänzler), achse — axial. Besondere Buchstaben (z. B. für ng, sch) und Akzente für die deutsche Schrift sind abzulehnen.“

Betrachtet man diese zehn Punkte eingehend, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß hier Vorschläge gemacht werden, die bei einigem guten Willen leicht durchzuführen wären, und die allen Menschen, die irgendwie mit Schreibwerk zu tun haben, wesentliche Erleichterungen bringen könnten. Vielleicht ist einzunehmen, daß die jetzige wirtschaftlich schwere Zeit für eine derartige Reform ungeeignet sei. Wer aber weiß, welche langer Vorbereitungszeit derartige Reformen bedürfen, der wird diesen Bestrebungen trotz der Zeiten Not sympathisch gegenüberstehen, weil er gleich den Vorkämpfern für eine vernünftige Rechtschreibreform zu der Auffassung kommen dürfte, daß hier wertvolle Vorarbeit geleistet wird für eine bessere Zeit. Die geplante Reform von 1920 scheiterte gerade daran, daß nicht genügend Vorarbeit geleistet worden war. A. G.

Die Arbeitszeit in der deutschen Industrie. Aus der Zahl der beschäftigten Arbeiter und der Zahl der geleisteten Stunden, die in der Industrieberichterstattung gemeldet werden, läßt sich feststellen, wieviel Stunden im Durchschnitt jeder Arbeiter und Angestellte wöchentlich arbeitet. Die so errechnete durchschnittliche Arbeitszeit weicht zwar von der wirklichen Arbeitszeit der Betriebsab. Durchschnittlich wird in der deutschen Industrie nach dieser Berechnung nur noch 40 Stunden gearbeitet. Man darf aber nicht vergessen, daß dieses Ergebnis der Durchschnitt aus einer großen Zahl außerordentlich verschiedener Werte ist. Diese Betriebe arbeiten nur drei Tage in der Woche, vier oder fünf Tage. Es gibt auch noch Betriebe, die volle 48 Stunden wöchentlich durcharbeiten. Natürlich ist die Arbeitszeit in denjenigen Betriebszweigen, die nicht für den täglichen Bedarf arbeiten, wie in der Metallwarenindustrie, in der Wolll- und Tabakindustrie, auch in den Brauereien besonders stark gekürzt.

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit im August 1931

	Montag	Dienst	Mittw.	Donnerst	Freitag	Sonnab.
Großseisenindustrie						42 Std.
Nicht-Eisenmetallhütten						42 Std.
Maschinenbau						42 Std.
Elektrotechnik						57 1/2
Fahrzeugbau						39 Std.
Bauwirtschaft						45
Textilindustrie						40 1/2
Ind. f. Hausrat- u. Wohnbedarf						42 Std.
Ind. f. Kultur- u. Luxusbedarf						57 1/2
Nahrungsmittelindustrie						43 1/2
Genussmittelindustrie						39 Std.

Quelle: P. B. A. Montag, Dienst, Mittw., Donnerst, Freitag, Sonnab.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in denjenigen Betriebszweigen, die nicht für den täglichen Bedarf arbeiten, wie in der Metallwarenindustrie, in der Wolll- und Tabakindustrie, auch in den Brauereien besonders stark gekürzt.

Silbenrätzel. Aus den Silben: ä, bi, do, e, fe, ger, je, ka, lauf, lei, men, ni, ra, ra, ra, rat, re, re, tif, sa, se, skop, ta, tak, ter, ti, tik, um, un, wo, za sind 11 Wörter mit nachstehender Bedeutung zu bilden: 1. Spottgedicht, 2. planvolles Verfahren, 3. Zeitraum, 4. Element, 5. Schpielzeug, 6. Lohnsatz, 7. Teil des Flusses, 8. Fluß in Afrika, 9. Auftakt zum Weltkrieg, 10. Prüfung, 11. Bericht, Vortrag. Die Anfangs- und Endbuchstaben, beide von oben nach unten gelesen, ergeben eine Parole für die Werbeaktion des Gesamt-Verbandes.